

Erinnern, Gedenken und Mahnen

Zur Diskussion über ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland

Christian Sachse/Melanie Dore

Im Auftrag der Initiative „Mahnmal“ der UOKG

Berlin, den 18. Dezember 2014

Herausgeber

Initiative „Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland“ bei der Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. – www.initiative-mahnmal.de/

Autoren

Dr. Christian Sachse,
Politikwissenschaftler und Theologe, freier Publizist, Berlin
www.christian-sachse.de

Melanie Dore, Politikwissenschaftlerin,
Projektkoordinatorin der Initiative Mahnmal, Berlin

Layout

Satzherstellung Neymanns
Telefon: (030) 70 24 22 24
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com
www.satzherstellung.com

Diese Publikation entstand mit freundlicher Unterstützung der Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters

2., aktualisierte Auflage

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.
Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage, 10365 Berlin
Telefon: (030) 55 77 93 51, Fax: (030) 55 77 93 40
E-Mail: info@uokg.de, www.uokg.de

Fotos

(1) Rainer Wagner (Quelle: Der Stacheldraht)
(2) Marx-Engels-Forum. Bundesarchiv, Bild 183-1987-0527-010, Foto: Link, Hubert, 27. Mai 1987
(3) Skulptur: Christian Sachse
(4–5) Neue Wache: Christian Sachse
(6) Spreebogenpark: Christian Sachse
(7–8) Weiße Mauerkreuze/Tiergarten: Christian Sachse
(9) Tiergartenstraße: Christian Sachse
(10) Sowjetisches Ehrenmal: ©Raimond Spekking/CC-BY-SA-3.0 (via Wikimedia Commons)
(11) Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Prag: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
(12) Gedenkstätte Gloria Victis: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
(13–14) Sofia: Detlef W. Stein, Archiv Osteuropazentrum Berlin
(15–16) Tanzkompanie Golde G.: Christian Sachse

Inhalt

Vorwort

Rainer Wagner, Bundesvorsitzender der UOKG



Abb.1: Rainer Wagner, Bundesvorsitzender der UOKG

Liebe Leserinnen und Leser

Mit der Ihnen vorliegenden Broschüre will die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) auf einige der vielfältigen Aspekte hinweisen, die mit der Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Deutschland verbunden sind. Dass es eines solchen Mahnmals bedarf, steht für die UOKG außer Frage. In der Öffentlichkeit gab es zu diesem Projekt bisher auch fast keine ablehnenden Stimmen. Die verhalten geäußerte Zustimmung ist aber oft mit der Frage verbunden, wie denn ein solches Mahnmal aussehen könnte, welches ein geeigneter Ort wäre, und welche Aussagen es treffen sollte. Diese Fragen können nur im Gespräch mit allen Beteiligten, den Opferverbänden, den Institutionen der Aufarbeitung sowie Vertretern aus Politik und Parteien beantwortet werden. Wenn in grundsätzlichen Fragen eine Einigung in Sicht ist, können konkrete Schritte der Planung gegangen werden. Die UOKG hat dazu in den vergangenen Jahren Gespräche mit Politikern geführt, zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen und sich auf sonstige Weise in der Öffentlichkeit geäußert. Im Verlauf dieser Diskussionen nahm die Idee eines Mahnmals konkretere Formen an, auch mögliche Konfliktlinien wurden deutlicher. Wir haben den Stand unserer Überlegungen in dieser Broschüre zusammengefasst. Sie verfolgt das Ziel, über unsere Auffassung zu informieren, in welche Richtung sich die Gestaltung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Deutschland entwickeln sollte. Viele Mitglieder der Verbände unter unserem Dach, die teils in hohem Alter sind, warten seit mehr als zwei Jahrzehnten darauf, dass sich Staat und Gesellschaft in einem unübersehbaren Zeichen zu den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft bekennt. Deshalb wollen wir das Projekt in dieser Legislaturperiode mit hoher Energie vorantreiben.

Der Gedanke, ein Mahnmal für die Opfer des SED-Regimes zu errichten, wurde erstmals im Dezember 1989 mitten in der Friedlichen Revolution in die Öffentlichkeit gebracht. Selbst die halb gewendete Regierungspartei im Abgang, die SED-PDS, schlug vor, den Opfern des Stalinismus ein bleibendes Gedenken in Form eines Mahnmals zukommen zu lassen. Der Sinn des damaligen Vorschlages war allerdings leicht zu durch-

schauen: Der Opferbegriff sollte auf die Regierungszeit Stalins eingegrenzt werden, um damit die spätere Zeit Ulbrichts und Honeckers von den schlimmsten Verbrechen freizusprechen. Insofern ist es aus heutiger Perspektive richtig gewesen, auf derartige überstürzte Aktionen nicht einzugehen. Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. hat sich neben anderen Initiativen in den folgenden Jahren dafür eingesetzt, dass Gedenkstätten an authentischen Orten errichtet wurden, an denen die kommunistischen Verbrechen durch die historische Forschung zweifelsfrei zu belegen sind. Im Zentrum standen zunächst die sowjetischen Speziallager, die Haftstätten des MfS und die Opfer der Mauer. Hinzu kamen die von den Sowjetischen Militärtribunalen Verurteilten, die politischen Häftlinge in den Zuchthäusern, Gefängnissen und Lagern der DDR. Jährlich kamen neue Opfergruppen hinzu, die – vielfach in Vereinen zusammengeschlossen – auf weiteres Unrecht in der kommunistischen Diktatur aufmerksam machten. Es erwies sich als notwendig, über ein Gesamtkonzept nachzudenken, das beide deutsche Diktaturen in den Blick nahm. Die UOKG hat sich an dieser öffentlichen Debatte zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes über Jahre hinweg intensiv beteiligt. Der damalige Bundesvorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende, Horst Schüler, setzte sich dafür ein, dass die Opfer beider Diktaturen in ihrer jeweiligen Eigenart gewürdigt werden. Hier sehe auch ich einen gangbaren Weg.

Die Diskussion über ein Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken an die Opfer beider Diktaturen ließ ein Defizit deutlich hervortreten. Wohl entstanden durch das Engagement von Betroffenen und engagierten Demokraten mit staatlicher Unterstützung viele dauerhafte Gedenkstätten, die an bestimmte Opfergruppen oder Opfer in einzelnen Regionen erinnerten. Bis heute fehlt aber ein Mahnmal, das allen Opfern in einer zusammenfassenden Perspektive gerecht wird. Es fehlt ein öffentliches Bekenntnis der Gesellschaft zu den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft in ihrer Gesamtheit.

Es wurde auch darauf hingewiesen, dass in den Ländern des früheren Ostblocks bereits eine Reihe von Stätten entstanden ist, an denen „der millionenfachen Opfer der Verbrechen nach 1945 würdig gedacht“ wird. Dies wirft die Frage auf, welche Gründe wir Deutschen nennen könnten, warum das, was in Prag, Budapest, Sofia, Tartu oder Moskau und selbst in Washington D.C. inzwischen Realität ist, in Berlin noch nicht verwirklicht werden konnte.

Die folgenden Abschnitte von Christian Sachse und Melanie Dore, beide Mitglieder des Arbeitskreises, entfalten dieses Konzept und verknüpfen es mit möglichen Standorten.

Rainer Wagner
Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände
der kommunistischen Gewaltherrschaft e.V.

Aufruf für ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland

Anlässlich des 25. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer am 9. November 1989 als ein Ergebnis der Friedlichen Revolution in der DDR und des damit verbundenen Endes der kommunistischen Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa,

- im Wissen um die verheerenden Folgen totalitären Denkens und Handelns in Deutschland, das mit der kommunistischen eine zweite Diktatur erleben musste,
- im Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur, der Toten und der Überlebenden, der Vertriebenen und Enteigneten, der Internierten und der zu Unrecht Inhaftierten, der Geflohenen, der von Berufs- und Bildungsverbot Betroffenen, der Opfer von Zersetzung und des Verlustes ihrer Gesundheit,
- in Würdigung der Hoffnungen und Anstrengungen all jener, die dem Kommunismus widerstanden haben und ihren Glauben an eine demokratische Zukunft und ein Leben in Freiheit nicht preisgaben,
- in Anerkennung des Widerstandes gegen die kommunistische Diktatur und des Engagements für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie,
- im Wissen um die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit diktatorischen Systemen und zur Ermunterung zum Widerstand gegen Diktatur und die Verletzung von Menschenrechten,
- in Solidarität mit all jenen, die noch heute unter einer kommunistischen Diktatur leben und leiden müssen,
- im Bewusstsein der Notwendigkeit über das Leben und Leiden der Menschen unter der SED-Diktatur aufzuklären,
- für die aktive Teilnahme unserer Mitbürger an der politischen Meinungsbildung und ihres Engagements für und in unserer Demokratie,
- für die Bewahrung von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten,

fordern wir den Deutschen Bundestag dazu auf, die Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland zu beschließen.

Der Aufruf wurde am 4. November 2014 dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert übergeben.

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner

Hilsberg, Stephan, *PStS a.D. MdB a.D., Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.*; **Ahrberg, Edda**, *LStU Sachsen-Anhalt a.D.*; **Baberowski, Prof. Dr. Jörg**, *Historiker*; **Bahr, Ernst**, *MdB a.D.*; **Barbe, Angelika**, *MdB a.D.*; **Bartsch, Prof. em. Gerhard**, *Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.*; **Bauersfeld, Alexander**, *Bürgerrechtler*; **Beck, Marieluise**, *MdB (Grüne/90)*; **Behr, Katrin**, *Hilfe für Opfer von Zwangsadoptionen e.V.*; **Bickhardt, Stephan**, *Bürgerrechtler*; **Birthler, Marianne**, *Bürgerrechtlerin und Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen a.D.*;

Blumentritt, Volker, *MdB a.D.*; **Bohley, Heidi**, *Bürgerrechtlerin*; **Bomberg, Dr. Karl-Heinz**, *Arzt, Liedermacher*; **Boos, Christian**, *Historiker;* **Böttger, Martin,** *Bürgerrechtler;* **Brecht, Eberhard**, *Bürgermeister von Quedlinburg, MdB a.D.;* **Büchler, Hans**, *MdB a.D.;* **Demele, Ernst**, *Bürgerrechtler;* **Dietrich, Christian**, *LStU Thüringen;* **Dücker, Berthold**, *Chefredakteur a.D.;* **Dreher, Sibylle**, *Frauenverband im BdV e.V., Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.;* **Dyck, Axel**, *Vorsitzender SPD-Fraktion Leipzig*; **Ebert, Frank**, *Bürgerrechtler*; **Eigenfeld, Katrin,** *Bürgerrechtlerin;* **Elmer, Konrad**, *MdB a.D.*; **Eppelmann, Rainer**, *MdB a.D.*; **Faust, Siegmar**, *Schriftsteller, LStU Sachsen a.D.;* **Fell, Hans-Josef**, *MdB a.D.;* **Foitzig, Dr. Jan**, *Historiker*; **Fornahl, Rainer**, *Mitbegründer der SDP, MdB a.D.*; **Förster, Maik**, *Kommunalpolitiker*; **Fricke, Dr. h.c. Karl Wilhelm**; *Publizist und Zeitzeuge*; **Fuchs, Dr. Wolfgang-Christian**, *Präsident der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener e.V. (Inter-Asso)*; **Geipel, Prof. Ines**, *Schriftstellerin und Vorsitzende der Doping-Opferhilfe e.V.*; **Goertz, Joachim**, *Bürgerrechtler,* **Goßler, Anita**, *Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.;* **Gronau, Klaus**, *Zeitzeuge vom 17. Juni 1953;* **Günther, Christine,** *Bürgerrechtlerin;* **Hatzsch, Gunther**, *Vizepräsident des Sächsischen Landtages;* **Hecker, Hermine,** *Landesvorsitzende der Senioren Union der CDU Hamburg;* **Hildebrand, Gerold**, *Bürgerrechtler*; **Hinkel, Matthias**, *Bürgerrechtler*; **Ilte, Wolfgang**, *MdB a.D.;* **Kähler, Joachim**, *Pfarrer, Mitbegründer der SDP;* **Klier, Freya**, *Bürgerrechtlerin*; **Kloss, Oliver**, *Bürgerrechtler;* **Knezović, Jure,** *Kroatischer Verein ehemaliger politischer Häftlinge (HDPZ), Ehrenpräsident der Inter-Asso;* **Košiar, Dr. Ján**, *Vize-Präsident der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener e.V.,* **Kowalczuk, Ilko Sascha**. *Historiker;* **Krägel, Sybille**, *Initiativgruppe NKWD-Lager Tost,* **Krawczyk, Stephan**, *Schriftsteller, Sänger und Komponist;* **Kuhn, Gino**, *Künstler, Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.,* **Kupferschmied, André**, *Leipzig;* **Kürschner, Dr. Jörg**, *Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen;* **Lappe, Christian M**., *Zeitzeuge;* **Lengsfeld, Vera,** *MdB a.D.*; **Lersow, Michael** *Landesvorsitzender SPD Sachsen a.D.*; **Litecký-Šveda, Ján**, *„Politische Gefangene - Union des Antikommunistischen Widerstandes - III Widerstand" (Slowakei)*, **Lüdke, Dr. Rita**, *Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen*, **Meckel, Markus**, *MdB a.D.*, **Michels-Boger, Anna**, *UOKG e.V., Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.*; **Mittrup, Theodor**, *UOKG e.V., Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.;* **Montag, Rolf-Dieter**, *Geschäftsmann, Leipzig,* **Motzer, Dietmar**, *Leipzig*; **Musteikis, Petras** und **Duobaitė-Bumbulienė, Rasa**, *Verband der politischen Häftlinge und Verbannten Litauens (LPKTS)*, **Müller, Christian**, *MdB a.D,* **Müller, Rainer**, *Bürgerrechtler*; **Neubert, Ehrhart**, *Bürgerrechtler,* **Neubert, Hildigund**, *LStU Thüringen a.D.;* **Obranić**, A**lfred,** *Kroatische Gesellschaft ehemaliger politischer Häftlinge (HDPZ);* **Oswald, Günter**, *Treffurt*; **Pahnke, Rudi-Karl**, *Theologe, Bürgerrechtler*; **Poppe, Gerd**, *MdB a.D.;* **Poppe, Grit,** *Schriftstellerin;* **Poppe, Ulrike,** *Bürgerrechtlerin, Bundesbeaftragte LStU Brandenburg*; **Postica, Alex**, *Verband ehemaliger politischen Häftlinge und Verbannter Moldovas (AFDDPM)*; **Rachowski, Utz**, *Schriftsteller;* **Rathenow, Lutz**, *LStU Sachsen;* **Reiche, Steffen,** *MdB a.D.;* **Reiprich, Siegfried.** *Geschäftsführer Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft*; **Ritter, Waldemar**, *Politologe und Historiker*, **Rochau, Lothar**, *Bürgerrechtler*; **Rüffert, Hartmut**, *Bürgerrechtler*; **Sachse, Dr. Christian**; *Theologe und Politikwissenschaftler, Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.*; **Sandmann, Stefan**, *Vorsitzender SPD Ilmenau;* **Schmidt, Dr. Oskar,** *Bürgerrechtler;* **Schönemann, Ernst-Otto,** *UOKG e.V, Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.;* **Schulz, Michael M.,** *Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.*;**Schulz, Werner,** *MdB a.D.;* **Schwabe, Uwe**, *Bürgerrechtler, Leipzig*; **Schwanitz, Wolfgang,** *MdB a.D.*, **Sello, Tom**, *Publizist, Bürgerrechtler*; **Sonntag, Frank Wolfgang**, *ehem. Sprecher AK Gerechtigkeit, jetzt FAKT*; **Sturza, Valentina**, *Verband ehemaliger politischen Häftlinge und Verbannter Moldovas (AFDDPM)*; **Tarnóczy, Arpád**; **Malacký, Antom,** *Präsident und Vizepräsident des Verbands „Politische Gefangene - Union des Antikommunistischen Widerstandes - III Widerstand" (Slowakei);* **Timm, Gottfried**, *Innenminister der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern a.D.;* **Wagner, Rainer** *Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG e.V), Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V);* **Wahlgren, Silke**, *Bürgerrechtlerin;* **Wähling , Sylvia**, *Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.;* **Waschitschka, Matthias,** *Bürgerrechtler;* **Weiß, Konrad**, *MdB a.D.;* **Weißbach, Dr. Olaf**, *Bürgerrechtler und Schriftsteller;* **Weissgerber, Gunter**; *MdB a.D.;* **Illgen-Weissgerber, Christiane**, *Bürgerrechtlerin;* **Weisshuhn, Reinhard**, *Bürgerrechtler;* **Weißkirchen, Gert**, *MdB a.D.*; **Wilke, Prof. Dr. Manfred**, *Soziologe*; **Winkelmann, Neela**; *Platform of EuropeanMemory and Conscience (Plattform für das Gedenken und Gewissen Europas)*; **Wunnicke, Christoph**, *Historiker*; **Zupke, Evelyn**, *Bürgerrechtlerin.*

Die Mitglieder der Initiative Mahnmal

Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c. **Gerhard Bartsch** (Prof.i.R.), ehemals am Institut für Energietechnik der Fakultät 3, Fakultät für Prozeßwissenschaften der Technischen Universität Berlin, ehemaliger SMT-Verurteilter

Sibylle Dreher
Sozialpädagogin, Präsidentin des Frauenverbandes im Bund der Vertriebenen

Anita Goßler
Vorstandsmitglied der UOKG, ehemaliger politischer Häftling

Stephan Hilsberg
Publizist, Staatssekretär und MdB a.D.

Theodor Mittrup
UOKG-Projektleiter

Dr. Christian Sachse
Theologe und Politikwissenschaftler,
Mitglied der Opposition in der DDR

Ernst-Otto Schönemann
Vorstandsmitglied der UOKG,
an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelter

Michael M. Schulz
Vorstandsmitglied der UOKG, Wehrdienstgegner
und Jugendopposition Berlin, Prager Frühling

Melanie Dore
Projektkoordinatorin der Initiative Mahnmal

Opfergruppen der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland

Dr. Christian Sachse

Die politischen Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind in den kommunistischen Systemen seit Lenin und Stalin in ihr Gegenteil verkehrt worden. Ihre absolute Geringschätzung von parlamentarischer Demokratie, Gewaltenteilung, unabhängiger Rechtsprechung und freier Presse hat im 20. Jahrhundert zu politischen Systemen geführt, in denen die Bürger zu Objekten der Herrschaft in der propagierten Diktatur des Proletariats degradiert wurden. Die universellen Rechte des Individuums auf Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit und informationelle Selbstbestimmung wurden durch eine umfassende Überwachung, ideologische Fremdbestimmung und Verfolgung politisch Andersdenkender ersetzt. Menschen, die den jeweiligen Zielen der Herrschenden im Wege standen, wurden diskriminiert, umerzogen, „zersetzt", aus dem Land getrieben, entführt, eingesperrt, gefoltert oder getötet.

Der Bürgerrechtler und spätere Präsident der tschechischen Republik Václav Havel hat 1978 in seinem berühmten Essay „Versuch, in der Wahrheit zu leben" zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass das kommunistische System aus einer Kombination von Ideologie und Strukturen der Machtsicherung bestand, welches Zugriff nicht allein auf den äußeren Gehorsam, sondern vor allem auf die inneren Überzeugungen seiner Bürger erlangen wollte und vielfach auch erlangte.[2] Er sprach von einer Variante eines totalitären Systems, in dem die Neigung des Lebens „zur Pluralität, zur Vielfarbigkeit, zur unabhängigen Konstitution und Selbstorganisation" ersetzt wurde „durch monolithische Einheit, Uniformität und Disziplin". Dieses zweifache System hat letztlich die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zur Geisel ihrer verfehlten Zukunftsträume und machtpolitischen Ambitionen genommen. Erst auf dem Hintergrund dieser Erkenntnis werden die Leiden der Opfer und auch die Motive des Widerstandes transparent und nachvollziehbar.

Ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland sollte in seiner Konzeption und Anlage auf diesen Zusammenhang zwischen der totalitären Verfasstheit des politischen Systems und Unterdrückung des Individuums hinweisen. Die Überordnung auch eines solch hehren Wertes wie der Gleichheit über alle anderen Prinzipien der Gestaltung des politischen Gemeinwesens führt nach historisch gewachsener Erkenntnis zwangsläufig zu einer absoluten Zentralgewalt, welche zugleich mit allen anderen Prinzipien auch die Idee der Gleichheit pervertiert. Die Mahnung vor der „totalitären Versuchung" lässt sich daher angemessener in einer in sich differenzierten, weitläufigen Anlage darstellen als in einem

„Monument", das in seiner monolithischen Gestaltung der angestrebten Aussage widerspricht. Es sollte vielmehr auf bereits bestehende Orte des Gedenkens verweisen und die Opfergruppen in ihrer jeweiligen Individualität beim Namen nennen.

Indem diese Opfergruppen namhaft gemacht werden, bezeichnen sie die Menschenrechtsverletzungen und auch die Gründe für den Widerstand gegen den Missbrauch der Macht in konkreten gesellschaftlichen Bereichen. Damit wird der Status als Opfergruppe nachvollziehbar. Derartige Machtmechanismen werden im Folgenden nur beispielhaft genannt:

- Die kommunistische Ideologie, die jenseits jeder Toleranz alle anderen Wertvorstellungen, Weltanschauungen und Lebensentwürfe als Bedrohung ihrer Alleinherrschaft bekämpfte, und das Recht, die eigene Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern, faktisch unterband,
- die Zusammenfassung aller Machtausübung der klassischen Gewalten (Regierung, Parlament und Rechtsprechung) einschließlich der Presse in einem Parteigremium, das den Staat dirigierte und in der Regel von einem einzigen Diktator beherrscht wurde,
- der Ersatz allgemeiner, freier und geheimer Wahlen konkurrierender Parteien durch eine staatlich und geheimdienstlich überwachte Akklamation an die bestehenden Machtverhältnisse,
- die tendenziell zentrale Steuerung und Überwachung aller nichtstaatlichen (gesellschaftlichen) Organisationen, Überwachung und Unterdrückung aller gesellschaftlichen Äußerungen, die sich der Kontrolle der Zentralgewalt zu entziehen versuchten,
- die permanente und flächendeckende Überwachung der gesamten Bevölkerung durch einen Geheimdienst, der mit seinen hauptamtlichen Mitarbeitern und Spitzeln personell mehr als ein Prozent der Bevölkerung umfasste, und die persönliche Überwachung durch interne Berichtssysteme in den Parteien und Massenorganisationen, in der Volksbildung, Kultur und Wissenschaft,
- die zentral geplante und organisierte Indoktrination in der Erziehung, Kunst, Wissenschaft und in den Massenmedien, die in der Umdeutung der Geschichte, dem Verbot von Filmen und Büchern, der Zensur aller öffentlichen Äußerungen sowie der Abschottung von westlichen kulturellen Einflüssen gipfelte,
- die Formierung der Gesellschaft durch eine Militarisierung der Massenorganisationen und paramilitärische Erziehung der Jugend sowie die physische Bedrohung der eigenen Gesellschaft durch militärische und paramilitärische Verbände (Kampfgruppen, Ordnungsgruppen der FDJ, Truppen des MfS),
- die öffentliche Missachtung der Menschenrechte als „bürgerlich-wertgebunden", verbunden mit der phrasenhaften Behauptung, im Sozialismus seien alle Menschenrechte bereits garantiert,

– psychisch-moralische Zerstörung des nicht-anpassungsbereiten Individuums bis hin zu seiner physischen Vernichtung.

Die Vielzahl der Opfergruppen ist auch heute noch nicht im öffentlichen Bewusstsein präsent. Ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland sollte daher die globale Aussage mit differenzierten Hinweisen unterlegen.

Die wichtigsten Daten, Institutionen und Felder werden im Folgenden genannt. Es ist unmöglich, eine trennscharfe Unterscheidung zwischen den Opfergruppen einzuführen. Die Aufzählung der Gruppen orientiert sich daher an den gewachsenen Erkenntnissen der Aufarbeitung der letzten zwei Jahrzehnte und an den heutigen Verbänden, die Opfergruppen vertreten. Die Länge der Texte zu den einzelnen Opfergruppen sagt nichts über deren Bedeutung aus. Ein längerer Text ist eher als Indiz dafür zu werten, dass sehr komplexe historische Hintergründe zu berücksichtigen sind, über die im Einzelnen noch gestritten werden könnte. Die dazu genannte Literatur soll dazu ermuntern, sich weiter zu informieren.

Auch für das geplante Mahnmal gilt, dass die historische Wahrheit nicht in schlichte Slogans zu fassen ist. Insofern sollen die folgenden Abschnitte über die Opfergruppen nicht nur informieren, sondern auch zur Diskussion anregen, die schließlich in einen vertretbaren, aber differenzierten Konsens münden sollte.

Deportationen unter der deutschen Zivilbevölkerung

Zur Jahreswende 1944/45 begannen die sowjetischen Behörden bereits vor Erreichen des damaligen deutschen Staatsgebietes, in allen nunmehr sowjetisch besetzten Ländern arbeitsfähige deutsche Zivilisten zu deportieren, um sie zum Wiederaufbau der Sowjetunion in Bergwerken, auf Baustellen, im Wald und in der Landwirtschaft einzusetzen.[3]

Die westlichen Alliierten – die USA und Großbritannien – stimmten Anfang Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta nachträglich den bereits laufenden Deportationen zu, da Stalin in der Frage der sogenannten „menschlichen Reparationen“ (*reparation in kind and in manpower*) zu keinen Zugeständnissen bereit war.[4]

Hunderttausende Deportierte starben auf den wochenlangen Fahrten in Güterzügen und durch die grausamen Verhältnisse in den Arbeitslagern der Deportierten.[5] Die immensen Kriegsschäden, welche die Sowjetunion durch den von Deutschland begonnenen Krieg hinnehmen musste, können diese Deportationen und Todesraten nicht rechtfertigen.

Als Maßstab für die Bewertung sollte die Kritik herangezogen werden, welche die Verwendung von deutschen Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit auch in den westlichen Demokratien hervorgerufen hat.

Opfer der Vertreibungen zum Ende des 2. Weltkrieges

Die Vertreibungen der Deutschen aus Ostmittel- und Südeuropa hatten viele Beweggründe. Wenn auch der Eroberungskrieg der deutschen Wehrmacht zur Rechtfertigung herangezogen wurde, so muss doch der größte Teil auf aktives Betreiben Stalins und regionaler kommunistischer Kräfte im Rahmen der machtpolitischen Neuordnung des sowjetischen Einflussbereiches zurückgeführt werden.[6] Die Vertreibungen aus den damaligen deutschen Ostgebieten entsprangen der schon länger geübten Praxis Stalins in der Sowjetunion, zum Zwecke der Machtsicherung ganze Völkerschaften zwangsweise umzusiedeln, unter ihnen die Wolgadeutschen, aber auch Krimtataren, Tschetschenen, Balkaren, Karatschai und Kalmüken. Eine Reihe von Vertreibungen zum Ende des 2. Weltkrieges entsprachen im Grundsatz, nicht aber in der Durchführung, den vorläufigen Absprachen der Siegermächte des 2. Weltkrieges zur Umsiedelung. Festzuhalten ist auch, dass die Sowjetunion spontanen oder politisch motivierten Vertreibungen in verschiedenen Regionen Ostmitteleuropas nicht entgegengetreten ist. Deutsche waren zum Ende des 2. Weltkrieges auch nicht die einzigen Opfer kommunistischer Umsiedelungspolitik. Zu ihnen gehören auch Polen, Russen, Weißrussen, Ukrainer, Ungarn und Slowaken. Dieser historischen Erkenntnis Rechnung tragend, sollte in einem Wechsel der Perspektiven nicht *der Vertriebenen unter allen Deutschen* gedacht werden, sondern *der Deutschen unter allen Vertriebenen*. Deutsche Vertriebene, die in der DDR lebten, erhielten keine Kompensationen für ihr verlorenes Eigentum. Sie durften bei Strafe nicht öffentlich über ihre Erlebnisse sprechen.[7]

Willkürlich Verhaftete in den NKWD-Kellern

Zunächst im Einklang mit den Alliierten, richteten die sowjetischen Behörden, der Front folgend, auf deutschem Gebiet provisorische Haftstätten „zur Säuberung des feindlichen Hinterlandes“ ein.[8] Das gemeinsame Ziel bestand darin, ein Wiederaufflammen deutschen Widerstandes zu verhindern, Kriegsverbrecher und politisch verantwortliche Nationalsozialisten, aber auch Personen festzusetzen, die ein Risiko für die allgemeine Sicherheit (*security threats*) darstellten. In der Zeit unmittelbar nach den Kampfhandlungen kam es in allen Besatzungszonen zu chaotischen und voreiligen Verhaftungen.[9] Nach dem Gesetz Nr. 4 und der Proklamation Nr. 3 des Kontrollrates über die Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens vom 20. Oktober 1945 standen unbeschadet alliierter Zuständigkeiten für bestimmte Straftaten jedem Verhafteten wieder alle Rechte zu, „die einer demokratischen Rechtsauffassung entsprechen“.[10] Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 wurde der Kreis von Personen, die verhaftet werden sollten, auf Taten eingegrenzt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Krieg oder dem NS-Regime standen.[11] Die Haftkeller in der

Sowjetischen Besatzungszone entwickelten sich jedoch zu einem Terrorinstrument, das seiner ursprünglichen Aufgabe, der Entnazifizierung, entzogen wurde und zunehmend dazu diente, Gegner der Besatzungsmacht und der KPD/SED mundtot zu machen. Die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Helfer nutzten zur Legitimation exzessiv einen Passus in der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946, der es erlaubte, auch Deutsche zu verhaften, die „als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind." Die westlichen Alliierten hatten vergeblich eine gemeinsame Definition dieser Gruppe verlangt. Viele Inhaftierte brachten Monate in diesen Kellern unter erbärmlichen Bedingungen zu, litten Hunger und Schläge. Viele starben an den Misshandlungen oder wurden willkürlich hingerichtet. Anschließend wurden sie anonym an unbekannten Orten verscharrt. Neben den NKWD-Kellern gab es weitere des sowjetischen Geheimdienstes Smersch und in den ersten Nachkriegsjahren auch wilde Haftstätten verschiedener Geheimapparate der KPD/SED. Viele der Haftkeller wurden erst 1950 aufgelöst oder an die Staatssicherheit übergeben.[12]

Insassen der Speziallager

Die sowjetischen Speziallager entsprachen ursprünglich formal einer Übereinkunft der Besatzungsmächte in Deutschland, nationalsozialistische Funktionsträger und Kriegsverbrecher bis zur rechtmäßigen Verurteilung festzusetzen (Internierung). Während die westlichen Besatzungsmächte nach anfänglich ungeordneten Verfahren dazu übergingen, Beschuldigte nach differenzierten Kategorien festzusetzen (Arrest Categories Handbook – Germany vom April 1945), blieb die sowjetische Besatzungsmacht bei weitgehend willkürlichen und ungeordneten Verhaftungen, oftmals ohne formelle Beschuldigung. Die einschlägigen sowjetischen Vorschriften vom Februar 1945 sahen ausdrücklich die Verhaftung von „Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen und anderer feindlicher Elemente" vor.[13] Zunehmend wurden Menschen in die Speziallager eingeliefert, welche in irgendeiner Weise sowjetische Interessen verletzten oder auch nur dessen verdächtigt wurden.

Nach Naimark waren in den 10 Speziallagern und Gefängnissen des NKWD auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone knapp 154.000 Personen interniert, darunter rund 120.000 Deutsche.[14] Nach Angaben der russischen Behörden aus der Zeit nach 1990 starben allein 1946/1947 14.450 Insassen an Hunger, Krankheit oder Kälte. Insgesamt verstarben 42.000 Insassen, vor allem an Unterernährung und Krankheiten. 786 Insassen wurden bis 1950 erschossen. 27.000 bis 30.000 Insassen sollten in die Sowjetunion deportiert werden, um dort die dortigen Zwangsarbeiter zu ersetzen, die aufgrund der katastrophalen Arbeitsbedingungen bereits ihr Leben verloren hatten.[15] Auf Grund des erbärmlichen Gesundheitszustandes der Insassen wurde die geforderte Zahl nicht erreicht. Deportiert wurden schließlich rund 10.000 Insassen, unter ihnen

5.000 Deutsche („Pelzmützentransport").[16] Wie viele Insassen der Internierungslager – wie ursprünglich beabsichtigt – tatsächlich vor Gericht gestellt und verurteilt wurden, ist bis heute nicht eindeutig anzugeben. Ilko-Sascha Kowalczuk und Stefan Wolle sprechen von nur etwas mehr als zehn Prozent.[17]

Verbannte des GuLag

Der GuLag[18] war Teil des inneren Repressionssystems der Sowjetunion, bestehend aus Zwangsarbeitslagern, Straflagern, Gefängnissen und Verbannungsorten. Dieses System wurde unter Stalin zu einem umfassenden System der Repression und der Ausbeutung perfektioniert, und nach dem 2. Weltkrieg auf den neuen kommunistischen Machtbereich ausgedehnt.[19] Auch die Speziallager in der sowjetischen Besatzungszone unterstanden ab 1948 der Verwaltung des GuLag. Die Überstellung von politischen Gegnern, verurteilten und nichtverurteilten Häftlingen, Internierten, Kriegsgefangenen oder sonstigen Verschleppten in diese Lager hatte für viele den Tod, vieljähriges schwerstes Leid und lebenslange Schädigungen zur Folge. Die brutale Unterdrückung von Protesten schuf zusätzliche Opfer. Insgesamt zählte man von den 1920er bis zu den 1950er Jahren 15 bis 18 Millionen Insassen. Mehrere zehntausend Deutsche, Kriegsgefangene und Oppositionelle aus der Sowjetischen Besatzungszone wurden nach 1945 in die Lager gebracht.[20] Mit den Werken von Alexander Solschenizyn, die zunächst im Untergrund erschienen, wurde der GuLag ab 1962 zum Synonym für die verbrecherische Seite des kommunistischen Herrschaftssystems.[21] Wer aus diesen Lagern in die DDR entlassen wurde, hatte lebenslang über seine Erfahrungen zu schweigen.

Verurteilte der Sowjetischen Militärtribunale

Die Sowjetischen Militärtribunale (SMT) waren ursprünglich für Straftaten von Angehörigen der Roten Armee zuständig. Doch bereits in den 1930er Jahren wurde ihnen die Kompetenz zur Aburteilung politischer Straftaten von Zivilisten (Vaterlandsverrat, Spionage, Terrorakte, Diversion) zugesprochen. Eine außerordentliche Ausweitung ihrer Zuständigkeit, teilweise auch in den im Zuge der Kampfhandlungen eroberten Gebieten, erfuhren sie mit dem Beginn des Kriegszustandes 1941.[22] In der sowjetischen Besatzungszone wurde den SMT, die teilweise den Charakter von Schnellgerichten trugen, die Verurteilung und „Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben", nach dem Kontrollratsgesetzes Nr. 10 übertragen. Nur teilweise formalrechtlich legitimiert, urteilten die SMT aber auch über kriminelle Delikte und politische Vergehen, den „Staatsverbrechen" nach Artikel 58 StGB der RSFSR. Eine besondere Opfergruppe bilden die per „Fern-Urteil" aus Moskau verurteilten Personen (OSSO-Verfahren).

Die SMT folgten der sowjetischen Rechtsauffassung, welche die Feststellung individueller Schuld gegenüber der Verfolgung von Gegnern der sowjetischen Interessen als sekundär bewertete. In den üblichen Schnellverfahren wurden die rechtsstaatlichen Ordnungen nicht angewandt (Zulassung von Entlastungszeugen, Beweisverfahren, Berufung). Als Beweis galten die oftmals unter Drohung und Folter erzwungenen Geständnisse. In der Regel verurteilten die SMT die Betroffenen zu 25 Jahren Lagerhaft in der Sowjetunion bzw. in Gefängnissen Mitteldeutschlands oder zum Tode. Von 1945 bis 1947 wurden von den SMT 1.786 Todesurteile ausgesprochen. Nach Wiedereinführung der Todesstrafe im Jahr 1950 verhängten die SMT bis 1953 weitere 1.112 Todesurteile, darunter 100 gegen Frauen. Insgesamt sind seit 1945 2.943 Todesurteile gegen deutsche Zivilisten ausgesprochen worden, von denen mit hoher Sicherheit 2.223 vollstreckt wurden.[23]

Die SMT verurteilten 4.500 Angeklagte als NS- und Kriegsverbrecher, 450 davon zum Tode. Mehr als 70 Prozent der Verurteilungen erfolgten jedoch nach dem Artikel 58 StGB der RSFSR als „Konterrevolutionäre“ oder „Staatsverbrecher“. Dazu gehörten nach Angaben des damaligen SMT-Vorsitzenden von Sachsen-Anhalt auch der „Druck und die Verbreitung von Flugblättern“, die „Einfuhr reaktionärer Zeitungen und faschistischer Literatur“, die „Kooperation mit der westlichen Presse“, das „Halten reaktionärer Reden“, das „Singen antisowjetischer Lieder und Erzählen ebensolcher Witze“ oder auch „antisowjetische Gespräche in kleineren Gruppen der Bevölkerung“.[24]

Gegner der Zwangsvereinigung von SPD und KPD

Menschen, die sich gegen eine Vereinigung von KPD und SPD im April 1946 aussprachen oder auch nur gegen den immensen politischen Druck wandten, mit dem die Vereinigung durchgesetzt wurde, wurden zensiert, bedroht, aus dem Land getrieben oder verhaftet. Manche bezahlten diesen Widerstand mit ihrem Leben. Überzeugte Sozialdemokraten wurden nach der Zwangsvereinigung observiert und diskriminiert. Die SPD spricht heute, einer Äußerung Erich Ollenhauers von 1961 folgend, von 20.000 Parteimitgliedern, die zwischen Dezember 1945 und April 1946 gemaßregelt, inhaftiert oder getötet wurden.[25] Viele Sozialdemokraten, die auch danach ihrer Partei treu blieben, wurden in Speziallager und Gefängnisse eingeliefert oder in die Sowjetunion deportiert. Rund 100.000 flohen in den Westen. Besonders hervorzuheben ist, dass viele verfolgte Sozialdemokraten bereits im Widerstand gegen Hitler aktiv gewesen waren. 157 Sozialdemokraten finden sich unter den Verurteilten der „Waldheimer Prozesse“.[26] Nachdem der „Sozialdemokratismus“ zum Hauptfeind der SED erklärt worden war, wurde der übergroße Teil der Sozialdemokraten aus der SED verdrängt oder mundtot gemacht. Vermutlich bis zu 1.000 Sozialdemokraten wurden in Schauprozessen verurteilt, wenn sie auch später noch Kontakt zum Ostbüro der SPD hielten und sich für demokratische Veränderungen in der DDR einsetzten.

Verfolgte der bürgerlichen Parteien

Im Juni 1945 erlaubte die Sowjetische Besatzungsmacht die Gründung von zwei bürgerlichen Parteien, der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD). Später kamen noch die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die National-demokratische Partei Deutschlands (NDPD) hinzu. Alle Parteien wurden jedoch sogleich unter sowjetischer Kontrolle im „Block antifaschistischer Parteien" zusammengeschlossen. Das seit 1949 „Nationale Front" genannte Gremium diente dazu, die Politik der SED auch in den bürgerlichen Parteien durchzusetzen. Mitglieder der bürgerlichen Parteien, die sich diesem diktatorischen Anspruch der SED widersetzten, wurden aus ihren Ämtern entfernt. Viele Mitglieder, die sich gegen die Einheitswahlen oder politische Kampagnen wandten, wurden verhaftet oder außer Landes getrieben. Verhaftete Mitglieder wurden in Schauprozessen verurteilt, um jeden eigenständigen Weg zu verhindern.[27]

Die Opfer des 17. Juni 1953

Mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 gilt es, der Opfer einer Massenerhebung in der DDR zu gedenken, die sich im Kern gegen die SED-Diktatur richtete, und sich für Freiheit, Demokratie und die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzte. Zu gedenken ist aller Menschen, die ihr Leben für diese Ziele in die Waagschale legten, vor allem aber derjenigen, die ihr Leben verloren, zu Haftstrafen verurteilt wurden, aus dem Land flüchten mussten oder lebenslanger Diskriminierung ausgesetzt waren.[28] Diese Opfergruppe ist bisher gut erforscht. Über die Bewertung herrscht große Einigkeit.

Opfer der Enteignungen und Zwangskollektivierung

Eigentümer von Geschäften, Hotels und Firmen wurden in mehreren Wellen Opfer einer wirtschaftlichen Strategie, die auf die Zerstörung des Mittelstandes zielte. Eigentümer, die sich weigerten, ihr Eigentum in staatliche Verfügung zu übergeben, wurden kriminalisiert, in Schauprozessen der Spionage und Sabotage bezichtigt oder aus dem Land und teils in den Tod getrieben.[29] Bauern, die sich der Kollektivierung zu entziehen versuchten, wurden bedroht, mit Schmähungskampagnen überzogen oder mittels wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen in den Ruin getrieben.[30] Diese Opfer stehen hier symbolisch für die vielen Betroffenen von Verwaltungsunrecht, die heute rehabilitiert sind oder sich noch um Anerkennung dieses Unrechts bemühen.

Opfer von Grenze und Mauer

Zu der ersten großen Opfergruppe von Mauer und Grenze gehören die 12.500 willkürlich aus dem Grenzstreifen (Sperrzone)

zwangsweise Ausgewiesenen. Ihnen nahm das Regime ihre Heimat und ihr Eigentum. Gleichzeitig wurden die verbleibenden Einwohner dadurch eingeschüchtert.[31] Menschen aus der DDR, die versuchten, Mauer und Grenze zu überwinden, um in den freien Teil Deutschlands zu gelangen, aber auch jene, die dies nur planten oder unbedacht ihren Wunsch öffentlich äußerten, wurden mit Gefängnis bestraft oder hatten über lange Jahre Diskriminierungen zu ertragen. Unbekannt ist die Zahl derer, die im unmittelbaren Anschluss an den Bau der Berliner Mauer in Gefängnisse oder Arbeitslager eingewiesen wurden, weil sie sich dagegen geäußert hatten. Eine bis heute nicht eindeutig bekannte Zahl von Menschen wurde beim Versuch, Mauer und Grenze zu überwinden, getötet oder verstümmelt. Zu rechnen ist mit bis zu 1.000 Toten.[32] Nicht genau zu beziffern sind diejenigen Menschen, die bereits im Vorfeld oder direkt an der Grenze verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.[33]

Gedacht werden sollte auch der Menschen, die ihr Leben bei der Flucht aus der DDR an anderen Grenzen des Ostblocks verloren und deren sterbliche Überreste oftmals bis heute nicht zurückgeführt worden sind. Anerkannt werden sollte der Mut von ehemaligen NVA-Soldaten, die den Dienst an der Grenze oder den Gebrauch der Schusswaffe im entscheidenden Moment verweigerten und dafür Haftstrafen in Kauf nahmen.

Opfer politisch gelenkter Justiz, politische Gefangene

Die von der SED-Führung abhängige Justiz verurteilte politische Gegner fast ausnahmslos zu hohen Haftstrafen. Als rechtliches Instrument dazu nutzte sie eigens für diesen Zweck geschaffene Gesetze, nach denen wirkliche oder auch nur vermutete Gegner aus fast beliebigen Gründen zu Straftätern erklärt werden konnten. Bereits die Umstände der Verhaftung wie auch die Untersuchungshaft waren oftmals darauf angelegt, den Willen zum Widerspruch zu brechen. Das Ergebnis des Strafprozesses wurde vielfach im Vorhinein festgelegt. Eine wirksame Verteidigung wurde verhindert. Im Strafvollzug wurden die politischen den kriminellen Häftlingen gleichgestellt, also Mördern, Gewaltverbrechern, Dieben und Betrügern. Damit signalisierte der Staat, dass er ihre besonderen Motive, die auf eine Veränderung des Gemeinwesens gerichtet waren, missachtete.[34] Zwischen 1953 und 1961 lag der Anteil derjenigen Häftlinge, die unter der Rubrik „Staatsverbrechen“ verurteilt wurden, nach DDR-internen Statistiken zwischen 15 und 40 Prozent aller verurteilten Strafgefangenen.[35] Die Anzahl der politischen Gefangenen dürfte zu dieser Zeit allerdings höher gelegen haben, da viele Verurteilungen durch Kriminalisierung (Wirtschaftsverbrechen, Zollvergehen) erfolgten. Schröder und J. Wilke rechnen nach Auswertung von DDR-internem Zahlenmaterial insgesamt mit bis zu 280.000 politischen Häftlingen zwischen 1945 und 1989.[36]

Opfer der Haftbedingungen

Die DDR unterhielt eine Fülle von Einrichtungen, in denen Menschen in Haft gehalten oder unter haftähnlichen Bedingungen leben mussten. Dazu gehörten neben den Strafvollzugseinrichtungen und Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums des Innern und der Staatssicherheit unter anderen: Polizeilager, Haftarbeitslager, Arbeitserziehungslager, geschlossene Jugendwerkhöfe, Arbeits- und Jugendhäuser. Unterbringung und Ernährung lagen in der Regel in der Qualität weit unter den Bedingungen der Bevölkerung.[37] Sie ließen besonders in den 1950er Jahre einfachste Standards außer Acht (Mangelernährung, keine Absonderung von Tbc-Kranken, fehlende hygienische Einrichtungen). Insassen aller Einrichtungen wurden in der Überzahl der Fälle zur Zwangsarbeit herangezogen.

Besonders die Zeit der Untersuchungshaft war oft von Schikanen, willkürlicher Bestrafung, Arrest und Isolationshaft bis hin zur Folter geprägt, wenn die ermittelnden Stellen sich davon eine Bereitschaft des Häftlings zur Zusammenarbeit erhofften. Ähnliche Strafmaßnahmen wurden bei Widersetzlichkeit Strafgefangener angewandt.[38]

Besonders zu gedenken ist der gefangenen Frauen im Zuchthaus Hoheneck. Noch weitgehend unerforscht ist der Verbleib vieler Kinder weiblicher Häftlinge, die als namenlose „Kinder der Landesregierung“ Sachsen in Heimen der DDR untergebracht oder zur Adoption freigegeben wurden. Mehr als 30 Kleinkinder und Babys lebten jeweils über Monate hinweg in Hoheneck, bevor sie in Heime abgeschoben wurden.[39]

Opfer von Zwangsarbeit

Neuere Erkenntnisse aus einem aktuellen Forschungsprojekt belegen, dass es seit den 1950er Jahren ein rein wirtschaftlich orientiertes System zur Ausbeutung der Arbeitskraft fast aller Kategorien von Gefangenen gab, das weiter perfektioniert wurde und bis 1990 bestand.[40] Die Zahl von arbeitsfähigen Strafgefangenen wurde nach Wirtschaftszweigen bilanziert und zentral zugewiesen. Die überwältigende Mehrheit der Häftlinge, unter ihnen auch die politischen, wurden in Haftanstalten, Haftarbeitslagern, Arbeitserziehungslagern zu körperlicher Schwerstarbeit herangezogen. Der Einsatz erfolgte beispielsweise im Bergbau unter Tage und in Braunkohlegruben, in Ziegelfabriken, in der chemischen Industrie und beim Gleisbau.[41] Selbst Insassen von Haftkrankenhäusern hatten Arbeiten zu verrichten. Eine Ausnahme bildeten die meisten Haftstätten des MfS. Hier sollten politische Gefangene durch Isolation „gebrochen“ werden.

Eingesetzt wurden die Insassen bevorzugt zu physisch schweren oder gesundheitsgefährlichen Arbeiten, für die keine zivilen Arbeiter mehr zu finden waren. Die Arbeitsbedingungen waren schlechter als die ziviler Arbeiter. Zumindest

zeitweise galten für Gefangene erhöhte Normen, zeitweise wurden stark überhöhte Normerfüllungen mit vorzeitiger Entlassung belohnt. Arbeitsverweigerung wurde extrem hart bestraft. In einigen Bereichen war die Rate tödlicher Arbeitsunfälle signifikant höher als bei zivilen Arbeitern. Die Untersuchungsverfahren von Arbeitsunfällen waren so angelegt, dass keine Gegenwehr gegen Manipulationen möglich war. Zu schweren Unfällen und gesundheitlichen Schädigungen kam es besonders im Bergbau, in der metallverarbeitenden und chemischen Industrie.

Auch kriminelle Häftlinge wurden so zu Opfern der Haftbedingungen. Politischen Häftlingen wurde deshalb in zweifacher Hinsicht Unrecht angetan. Zu den bisher weitgehend unbekannten Opfern gehören Jugendliche und junge Erwachsene, die sich der staatlichen Disziplinierung zu entziehen versuchten, nach eigens für diesen Zweck geschaffenen Regelungen (Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung vom 24. August 1961 und § 249 StGB/DDR) kriminalisiert und in Arbeitserziehungslager eingewiesen wurden.[42]

Verfolgte des Ministeriums für Staatssicherheit

Zu den Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit gehörten Gewaltverbrechen, Entführungen, physische und psychische Folter, Freiheitsberaubung, eine flächendeckende Bespitzelung bis in die intimste Privatsphäre, die Steuerung von politischen Strafprozessen, Missbrauch der Psychiatrie und Zersetzung der Person. Das MfS arbeitete in einem gesetzesfreien Raum und war nur den Weisungen des Zentralkomitees der SED unterworfen. Das MfS verfolgte Gegner des kommunistischen Systems auch in der Bundesrepublik. Ist die Zahl der Verhafteten noch messbar, so sind die persönlichen Schäden durch Operative Kontrollen und Vorgänge nicht mehr in Zahlen auszudrücken.[43] Die Verfolgten des MfS sind als Opfergruppe weitgehend anerkannt.

Ausweisung, Flucht und Ausreisebegehren

Viele Menschen versuchten, eine Erlaubnis zur Ausreise aus der DDR zu erlangen. Zeitweise wurde bereits eine Antragstellung kriminalisiert. Antragsteller wurden bedroht, in Haft genommen und mit Berufsverboten belegt. Familien wurden in Sippenhaft genommen. Eltern und Geschwister von Antragstellern wurden genötigt, sich von ihren „staatsfeindlichen“ Verwandten schriftlich loszusagen. Besonders die Kinder von Antragstellern wurden diskriminiert, den Eltern entzogen und in staatlichen Heimen untergebracht. Besonders hart bestraft wurde die Flucht unter Mithilfe von westdeutschen Bürgern. Fluchthilfeorganisationen im Westen wurden ausgespäht. Fluchthelfer erhielten, wenn die DDR ihrer habhaft werden konnte, höchste Freiheitsstrafen. Die Verfolgung reichte bis zum Mord. Viele Menschen wurden durch die gezielte Gestal-

tung der Lebensumstände gegen ihren ursprünglichen Willen zum Verlassen der DDR gezwungen (Bauern, Mittelständler, Wissenschaftler, Christen, Alternative, politisch Andersdenkende) oder mittels direkter Gewalt aus dem Land gebracht (Roland Jahn).[44]

Opfer im Westen

Menschen, die im Westen Deutschlands lebten und sich von dort aus für eine Überwindung der Diktatur in der DDR einsetzten, wurden von der Staatssicherheit verfolgt. Einige wurden ermordet, andere in den Osten verschleppt und dort zu Zwangsarbeit oder zum Tode verurteilt. Zu ihnen gehörten von Demokratie und Menschenrechten überzeugte Mitglieder der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und der Vereinigung Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone.[45]

Zu gedenken ist hier der Arbeit der Ostbüros der westdeutschen Parteien und Gewerkschaften. Gewürdigt werden sollte auch das Engagement der demokratischen Parteien im Berliner Magistrat und der Westberliner freien Presse in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg.[46] Betroffen waren bis zum Ende der DDR aber auch Journalisten und andere Menschen, welche die SED der Gegnerschaft zu ihrem Regime verdächtigte oder die sich tatsächlich für Veränderungen in der DDR einsetzten, Verfolgten halfen und Unrecht öffentlich machten.

Verfolgte Christen, Verfolgte weiterer Religionen

Überzeugte Christen und aktive Gemeindeglieder wurden systematisch diskriminiert. Dies betraf zu Anfang der 1950er Jahre die Jungen Gemeinden und Studentengemeinden, deren Mitglieder von Schulen und Universitäten entfernt wurden. Seit Ende der 1950er Jahre wurden junge Christen, die sich durch ihr Bekenntnis zu Konfirmation und Kommunion, und gegen die Jugendweihe, gegen eine weltanschauliche Fremdbestimmung wandten, systematisch von allen höheren Bildungsgängen ferngehalten. Christliche Gruppen unter dem Dach der Kirche wurden von der Staatssicherheit bespitzelt und zersetzt, sofern in ihnen auch nur unabhängiges Gedankengut verbreitet war. Der christlich motivierte Widerstand gegen die Militarisierung der DDR-Gesellschaft und die demokratische Willensbildung in der „Kirche von unten“ forderten besonders viele Opfer.[47] Weiterhin ist es nötig, über Verfolgte anderer Religionen in der DDR nachzuforschen.

Verfolgte Schüler und Studenten

Schüler haben oftmals spontan, mitunter auch organisiert gegen die ideologische Fremdbestimmung oder aktuelle politische Erscheinungen in der DDR protestiert. Die Reaktionen von SED, Staat und Geheimdienst waren in der Regel unverhältnismäßig hart und wirkten sich auf die gesamte Biografie der Betroffenen aus.[48] Eine Reihe von Schülern beteiligte sich unter

Einsatz ihres Lebens am Widerstand gegen den Aufbau einer kommunistischen Diktatur (Altenburger Schüler). Andere wurden nur deshalb schon diskriminiert, weil ihre Eltern sich gegen das Regime gewandt hatten oder einer sozialen Schicht angehörten, die in der DDR bekämpft wurde.

Besonders in den 1950er Jahren haben sich Studenten in der DDR gegen die Stalinisierung der Universitäten gewandt.[49] Themen waren insbesondere der radikale Abbau der demokratischen Strukturen an den Universitäten und die ideologische Überfremdung der Lehre. Darüber hinaus haben sich Studenten aktiv am Widerstand gegen die Einführung diktatorischer Strukturen in der Politik engagiert. In den 1950er Jahren leistete unter anderen der „Eisenberger Kreis" Widerstand gegen die Militarisierung der DDR-Gesellschaft. Im Jahr 1968 protestierten einzelne Studenten gegen den Einmarsch von Truppen des „Warschauer Pakts" in die Tschechoslowakei. Viele der Studenten haben für ihren Widerstand Exmatrikulationen, Vertreibung, Haft und Todesstrafen in Kauf genommen.

Verfolgte Jugendkulturen

Das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 beschloss nach einer Phase des „Tauwetters" eine Rückkehr zu einer rigiden ideologischen Steuerung der DDR-Gesellschaft. Betroffen waren besonders die westlich orientierten Jugendmusikkulturen, in denen Jugendliche mit ihrem Outfit und Bekenntnis zur westlichen Musik ihre Unabhängigkeit gegenüber der Fremdbestimmung der SED demonstrierten. Der Befehl 11/66 Erich Mielkes erklärte die Jugendkulturen zu einem Feld besonderer Überwachung und Repression durch die Staatssicherheit. In der Folgezeit stiegen die Einweisungen in Jugendwerkhöfe und Arbeitserziehungslager dramatisch an.[50] Zwischen 1968 und 1976 (Ende der Statistik) gab es jährlich zwischen 3.000 und 12.000 sogenannte „Arbeitspflichtige", vorwiegend Jugendliche und junge Erwachsene, die nach Paragraph 249 StGB/DDR/1968 kriminalisiert und zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden.[51] Entgegen der landläufigen Meinung war diese Verfolgung nicht mit Honeckers Jugendpolitik beendet. Die Jugendopposition seit Ende der 1970er Jahre wurde Ziel intensiver Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit.

Gegner der Militarisierung

Menschen, die sich seit Beginn der 1950er Jahre gegen die Militarisierung der Gesellschaft aussprachen, wurden überwacht, in ihren beruflichen Möglichkeiten systematisch behindert und kriminalisiert. Dazu gehörten Eltern, die militärische Erziehungsziele und -methoden in Kindergärten, Schulen, Massenorganisationen und Wehrlagern für ihre Kinder ablehnten. Schüler und Studenten, die eine militärische Ausbildung verweigerten, wurden vom Besuch der Erweiterten Oberschule und Universität ausgeschlossen. Lehrlinge, die die vormilitärische Ausbildung verweigerten, wurden entlassen.[52] Menschen,

wie die „Frauen für den Frieden“, die sich öffentlich gegen die innere Militarisierung der DDR wandten, wurden bedroht, verhaftet oder auch des Landes verwiesen. Jungen Männern, die den Wehrdienst mit der Waffe ablehnten und deshalb Bausoldaten wurden, blieben alle höheren Bildungsgänge verschlossen.[53] Die Gruppen ehemaliger Bausoldaten gehören zu den Wurzeln der Bürgerrechtsbewegung der 1980er Jahre in der DDR.

Weitere Gruppen

Die Liste der Opfergruppen ist damit nicht vollständig. Neu in das Blickfeld getreten sind die Insassen von Heimen der Jugendhilfe in der DDR. Zu erinnern ist auch an die Opfer von Zensur und unterdrückter Meinungsfreiheit. Die Zahl der nicht erschienenen oder durch Zensur verstümmelten künstlerischen Werke ist nicht feststellbar. Künstler, die ihre Werke in eigener Verantwortung veröffentlichten oder sich gar zu Gruppen zusammenschlossen, wurden überwacht, zersetzt und aus dem Land getrieben. Ein Teil der nicht erschienenen Werke konnte im „Archiv unterdrückter Literatur in der DDR“ gesammelt werden.[54] Zur unterdrückten Literatur gehören auch Bücher, die im Westen erschienen, während die Autoren in der DDR gemaßregelt oder eingesperrt wurden.[55] Zu denken ist auch an die Opfer im Einsatz für Demokratie und Menschenrechte. Zum Tode verurteilt, in Haft gehalten, psychisch und physisch bedroht, zersetzt und diskriminiert wurden zu allen Zeiten Menschen, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR einsetzten.[56] Zu Opfern der Gewaltherrschaft wurden in den frühen Jahren Mitglieder der bürgerlichen Parteien, der Gewerkschaften und unabhängigen Jugendverbände. Zu ihnen gehören Studenten, die sich der Stalinisierung der Universitäten widersetzten, Menschen, die für freie Wahlen eintraten. In den späten Jahren der DDR wurden Bürgerrechtler verfolgt und diskriminiert. Besonders hart wurde gegen Menschen vorgegangen, die Kontakte zu Oppositionellen im östlichen Ausland, im Westen oder zu internationalen Organisationen aufgebaut hatten. In noch wenig bekanntem Ausmaß haben Menschen in der DDR gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei protestiert. Mit Handzetteln und Flugblättern versuchten sie, den Widerstand gegen die Zerschlagung der Demokratisierung des Landes zu mobilisieren.[57] Repressionen von Gefängnis bis zur Ausweisung hatten diejenigen zu erleiden, die Kontakt zu Oppositionsbewegungen (Solidarność in Polen) und Bürgerrechtlern (Charta´77 in der Tschechoslowakei) im Ostblock aufnahmen und deren Ideen in der DDR verbreiteten.

Vor der Aufnahme mancher Gruppen ist jedoch das Gespräch über das Selbstverständnis der damaligen Akteure zu suchen. Es gibt viele unter ihnen, die wohl ihren Widerstand gewürdigt wissen wollen, jedoch den Status eines Opfers für sich dezidiert ablehnen, weil sie Verfolgung und Repression durch die Diktatur als unumgängliche Folge und damit Teil ihres Lebensentwurfes in Kauf zu nehmen bereit waren.

Warum ein zentrales Mahnmal?

Melanie Dore

In offenen Gesellschaften muss der Konsens über die Bewertung der Vergangenheit immer wieder neu besprochen, erstritten und vereinbart werden. Das Mahnmal soll diesen Prozess der Auseinandersetzung mit der zweiten Diktatur im 20. Jahrhundert in Deutschland befördern. Es soll ein Ort und Anlass sein, sich an die Menschen zu erinnern, die während der kommunistischen Herrschaft für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eintraten und dafür verfolgt, physisch und psychisch gefoltert und auch getötet wurden. Erinnert werden soll an all jene, die als tatsächliche oder vermeintliche Gegner sich dem Herrschaftssystem verweigerten und damit Opfer politisch motivierter Willkür wurden. Ohne ihr mutiges Eintreten für die Grundrechte und ihre beharrliche Absage an aufgezwungenes totalitäres Denken, würden wir heute nicht in einer freien offenen Gesellschaft leben.

Beinahe 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es an der Zeit, danach zu fragen, ob jene Menschen, die unter der kommunistischen Diktatur zwischen 1945 und 1989 gelitten haben, heute in Deutschland ausreichend gewürdigt werden. In diesem Zusammenhang soll im Folgenden die Notwendigkeit eines zentralen Mahnmals in Berlin zum Gedenken an alle Menschen, die 44 Jahre lang den Repressionen durch die sowjetische Besatzungsmacht und die SED ausgesetzt waren, erörtert werden.

Ein Mahnmal steht für die Verflechtung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Es fordert den gegenwärtigen Betrachter auf, seine nächsten Schritte in die Zukunft im Blick auf die Vergangenheit zu gehen. Der Betrachter soll erfahren können, dass es in der Geschichte Vorgänge gab, die in seine Zeit hineinreichen und die eine unbeabsichtigte Wirkung entfalten können, wenn sie nicht in angemessener Weise wahrgenommen werden. Insofern trägt – ob verhüllt oder unverhüllt – ein Mahnmal immer den Charakter einer Aufforderung. Darin unterscheidet es sich von einem Denkmal, das an etwas Bedenkenswertes, aber gleichwohl weitgehend Abgeschlossenes, erinnert.

Diese drei Dimensionen sollte ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus aufnehmen.

Es sind nun 24 Jahre seit den Friedlichen Revolutionen in den Staaten des Warschauer Paktes vergangen, die der Weltgeschichte mit dem Ausgang aus dem Kalten Krieg eine grundlegend neue Perspektive eröffneten. Erst diese, in den ostmitteleuropäischen Nationen unter großen Gefahren bewirkten gesellschaftlichen Veränderungen, ermöglichten die Einheit

Europas als Zusammenschluss freier, demokratisch verfasster Völker. Die Deutschen haben mit der vollzogenen Einheit in Freiheit nicht nur ein zentrales Ziel ihres Grundgesetzes erfüllt, sondern damit die Sehnsüchte der überwiegenden Zahl der Menschen im Land Wirklichkeit werden lassen. Diese Wirklichkeit, sowohl in ihrer europäischen als auch nationalen Dimension, ist in einem Maße zur Selbstverständlichkeit geworden, dass eine Erinnerung an die „Zeit davor" mit all ihren Restriktionen und Gefahren zunehmend schwer fällt. Gegen ein solches „glückliches Vergessen" wäre wenig einzuwenden, wenn damit nicht neue Ungerechtigkeiten und Gefahren verbunden wären.

Es ist leider zu konstatieren, dass mit dem Verblassen der dunklen Seiten der kommunistischen Diktatur die *andere DDR als das bessere Deutschland* zur Projektionsfläche für soziale und politische Sehnsüchte wird, die durchaus einen Anhaltspunkt in heutigen Defiziterfahrungen haben können. Der Staatssozialismus, so heißt es entgegen der historischen Wahrheit, sei in der Lage gewesen, Vollbeschäftigung zu garantieren, genügend Kindergartenplätze zu schaffen, für eine „ordentliche Erziehung" der Jugend zu sorgen und umfassende Sozialleistungen bereit zu stellen… In diesem Sinne sind die Symbole der SED-Diktatur, Embleme der NVA, der Grenztruppen, Kampfgruppen, der FDJ und der DDR-Staatsflagge, die von Jugendlichen und Erwachsenen in der Öffentlichkeit getragen werden, mehr als nur modische Accessoires. Sie sind ein Ausweis dafür, dass die Gewalterfahrungen der Diktatur einschließlich Schießbefehl, Zuchthäusern, Lagern und Zersetzung durch die Staatssicherheit weitgehend aus der Wahrnehmung verschwunden sind. Derartige Vorgänge sind alles andere als harmlos. Sie bieten Anknüpfungspunkte für weitergehende politische Kampagnen, welche die SED-Diktatur wieder hoffähig machen wollen. Der Aufmarsch von ehemaligen Staatsdienern am 9. Mai 2013 vor dem Treptower Ehrenmal in Uniformen des Wachregimentes der Staatssicherheit und der Nationalen Volksarmee kann deshalb nicht als Entgleisung „Ewig-Gestriger" oder „DDR-Folklore" verstanden werden, sondern nur als erneuter Vorstoß in ein „Morgen".[58] Es scheint so, als scheuten sich Politik und aufgeklärte Öffentlichkeit, an diesen Stimmungen zu rühren, indem derartige Veranstaltungen verboten oder wenigstens von Protesten begleitet werden und indem die DDR als das bezeichnet wird, was sie war: ein Staat des staatlich sanktionierten Unrechtes, mithin ein Unrechtsstaat. Dieses Morgen rückt umso näher, je mehr die Partei, welche sich anmaßend „Die Linke" nennt, in Parlamenten hoffähig wird, ohne ihre antidemokratischen Ziele aufgeben zu müssen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Verharmlosung der kommunistischen Diktatur und der Verdrängung der Opfer aus dem öffentlichen Raum.

Es ist deshalb an der Zeit, dass sich eine aufgeklärte Öffentlichkeit und Politik in Deutschland eindeutig zu den Opfern der SBZ/DDR bekennt und ein Zeichen gegen jede Form der Verharmlosung der SED-Diktatur setzt. An die Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft zwischen 1945 und 1989 zu erinnern

ist somit, genauso wie die Erinnerung an die NS-Diktatur, eine gesamtdeutsche Aufgabe der sich alle stellen müssen. Aufgerufen sind dazu alle gesellschaftlichen Akteure: Die Bundesregierung, die einzelnen Bundesländer, die Kommunen, Forschungseinrichtungen, Bildungsträger und die Medien. Deshalb heißt es auch in der Unterrichtung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, vor dem Deutschen Bundestag anlässlich der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption aus dem Jahr 2008:

Die Geschichte der SBZ und der DDR ist Teil der gesamtdeutschen Geschichte und muss als solche erkennbar sein. Auch die westdeutschen Länder sind deshalb aufgefordert, ihren Teil zur Bewältigung dieser gesamtdeutschen Aufgabe zu leisten.[59]

Dieses Engagement kann sicherlich anknüpfen an vielfältige Aktivitäten. In den letzten zwei Jahrzehnten ist vor allem in den neuen Bundesländern eine dezentrale Erinnerungslandschaft zur DDR-Vergangenheit entstanden. Alle bisher existierenden Mahn- und Gedenkstätten und Erinnerungsorte werden jedoch mit speziellen Ereignissen und einzelnen Opfergruppen in Verbindung gebracht. Ein Tourist, der vor der stählernen Erinnerungswand in der Bernauer Straße steht, wird in erster Linie an die Mauertoten denken, wahrscheinlich aber nicht an die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit oder an zwangsadoptierte Kinder. Die Denkmäler für Freiheit und Einheit in Plauen und künftig in Leipzig und Berlin werden symbolisch mit der Friedlichen Revolution verbunden sein, aber fühlen sich damit auch diejenigen angemessen repräsentiert, die sich dem System lange vor 1989 entzogen und dafür etwa mit einem Studiums- oder Berufsverbot belegt worden sind? Umgekehrt wird dem Projekt eines zentralen Mahnmals mitunter entgegengehalten, dass ein einziger Ort unmöglich das ganze Ausmaß der Verfolgung, die das Leben aller ehemaligen DDR-Bürger bis ins Tiefste des Privaten durchdrungen hat, veranschaulichen könne. Die Gefahr einer inhaltlichen Überfrachtung sei dann zu groß. Dieser Einwurf ist bedenkenswert.

Ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland sollte sich daher auf die elementaren Kernaussagen konzentrieren und im Übrigen auf die vielfältigen Orte der Erinnerung verweisen:

- Wer waren die Opfer?
- Was waren die Grundmerkmale des in der DDR praktizierten „real existierenden Sozialismus“ und inwiefern widersprechen diese unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung?
- An welchen Orten kann man sich weitergehend über die einzelnen Facetten dieses Systems informieren?

So erhält ein zentrales Mahnmal mehrere Funktionen, ohne der Gefahr zu unterliegen, viel zu wollen aber wenig zu können:

- Es ist ein ***Ort des Gedenkens*** für alle Opfer in der SBZ und der DDR und für ihre Angehörigen
- Es ist ein ***Ort der Mahnung*** für solche, die trotz der bisher erfolgten Aufarbeitung die Gefahrenpotentiale der kommunistischen Ideologie nach wie vor verleugnen

- Es ist ein ***Ort der Information*** für alle, die keine persönliche Verbindung zur Zeit dieser zweiten Diktatur auf deutschem Boden haben.

Das Mahnmal soll die Möglichkeit bieten, sich nicht nur über die einzelnen Opfergruppen und über den historisch-politischen Hintergrund ihrer Verfolgung, sondern auch über die bestehende Erinnerungslandschaft zu informieren. Das Mahnmal erhält somit ebenfalls eine ***Verweisfunktion*** auf die Orte der Erinnerung und des Gedenkens in Berlin und in den anderen Bundesländern, in denen Haft und Verfolgung, Widerstand und Opposition, Mauer und innerdeutsche Grenze sowie der Alltag in der DDR an vorwiegend authentischen Orten veranschaulicht werden.

Ein solches Mahnmal sollte neben der Auseinandersetzung mit der Diktatur auch die Aufforderung an Politik und Gesellschaft enthalten, die Würdigung der Opfer weiter voranzutreiben. In welchem Ausmaß Staat und Gesellschaft die Opfer einer Diktatur anerkennen, zeigt sich über ein Mahnmal hinaus in vielen Bereichen:

- In der Rechtsprechung, durch eine konsequente Strafverfolgung der Täter und die Rehabilitierung der Opfer
- In der Sozialpolitik, durch die Unterstützung der Opfer und Verfolgten mittels finanzieller Kompensationsleistungen und staatlich geförderter Maßnahmen zur Reintegration
- In der Gesellschaft, durch die Aufarbeitung der Diktatur und ihrer Folgen unter Beteiligung der Zeitzeugen, der Wissenschaft und engagierter Bürger, sowie durch staatliche Ehrungen und Auszeichnungen für jene Menschen, die sich in der Diktatur für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde eingesetzt haben.

Nur wenn die SED-Diktatur in diesem umfassenden Sinne ein fester Bestandteil der historischen Erinnerung wird und bleibt, können Museen, Orte der Erinnerung und der Information ihre Aufgabe in der Öffentlichkeit und vor allem der politischen Bildung in vollem Umfang wahrnehmen. Diese Aufgaben sind keineswegs nur auf die Vergangenheit gerichtet. Die Erforschung der gesellschaftlichen, sozialen und politischen Voraussetzungen für die Errichtung eines diktatorischen Systems dient zugleich dazu, frühzeitig vor ähnlichen Tendenzen in der Gegenwart und in der Zukunft zu warnen und über die drohenden Gefahren aufzuklären.

Mögliche Standorte für ein zentrales Mahnmal

Melanie Dore

Erinnern – informieren – verweisen – mahnen. Die Frage nach der Funktion eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland ist eng mit der Frage nach seiner äußeren Form und einem geeigneten Standort verbunden. Neben den Fragen nach den Kosten für den Bau und der Instandhaltung sind dies vor allem die Interessen der Opfer und die Integration des Mahnmals in das städtebauliche Umfeld.

Die Stadtmitte Berlins ist als Standort für Mahn- und Denkmale sehr begehrt. Besorgnisse, das Stadtzentrum zu einem „begehbaren Museum" machen zu wollen, sind daher nicht unberechtigt. Andererseits sollte allgemein akzeptiert sein, dass die Stadt Berlin die Hauptstadt einer Nation ist, die zwei Diktaturen teils durchlitten, teils zu verantworten hat. Es ist durchaus nicht als Mangel zu verstehen, dass sich die „zerrissene deutsche Geschichte" in einer Landschaft aus neuen und überkommenen Denkmälern manifestiert, welche unterschiedliche historische Situationen und Sichtweisen transportieren. Sicher ist auch zu berücksichtigen, dass die öffentliche Präsenz der Diktaturen nicht die ältere Geschichte Berlins verdrängt. So wie die Bürger Berlins sich dessen bewusst sein können, in einer Stadt mit einer langen und in sich widersprüchlichen Geschichte zu leben, kommen sehr viele Besucher, um gerade diese facettenreiche Vergangenheit zu erleben und sich inspirieren zu lassen. Es wäre fatal, allein auf Berlins Anziehungskraft in den gegenwärtigen Attraktionen zu setzen.

Ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus würde sich natürlich in die beträchtliche Anzahl der bereits – nicht nur im Zentrum Berlins – vorhandenen Erinnerungsorte einreihen müssen. Deshalb sind wir uns bewusst, dass die Errichtung eines Mahnmals unter Politikern und Bürgern zu Kontroversen führen und polarisierende Reaktionen hervorrufen kann. Auch die Befürchtung, ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur könnte die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen in Frage stellen, nehmen wir ernst. Die schwierige Verhältnisbestimmung, die auch die Wahl des Ortes bestimmen muss, steht letztlich noch aus. Als vorläufiger Kompromiss könnte gelten, dass beide Gedenkorte räumlich so weit voneinander getrennt sind, dass sie nicht zu einer übereilten gegenseitigen Interpretation ermuntern.

Durch die Errichtung eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Deutschland soll ein Ort entstehen, der das Positive – die Überwindung der Diktatur – in den Vordergrund stellt und auf diesem Weg die Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in unserer Gesellschaft

wach hält. Im Folgenden möchten wir mögliche Standorte für ein zentrales Mahnmal vorstellen. Es handelt sich dabei um sehr unterschiedliche Beispiele, an denen sich jedoch das von uns verfolgte Anliegen, einen zentralen Gedenkort für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die sich an die Zeit der kommunistischen Diktatur in Deutschland und Europa erinnern wollen, die Opfer zu betrauern oder ein eigenes Schicksal zu verarbeiten haben oder die sich nur informieren wollen, unsere Ansicht nach am besten und am reizvollsten umsetzen ließe.

Das Marx-Engels-Forum

Die Zukunft der 1986 eingeweihten Parkanlage zwischen Neptunbrunnen, Rotem Rathhaus und Spandauer Straße ist nach wie vor ungewiss. Das Zentrum der Anlage bildete einst ein Denkmal von Karl Marx und Friedrich Engels, bestehend aus zwei Bronzefiguren der beiden Philosophen sowie einer Marmorwand, einem Bronzerelief und Edelstahlstelen, auf denen Szenen der kommunistischen Ideengeschichte dargestellt und Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung gezeigt werden. Seit 2010 steht das Denkmal wegen der Bauarbeiten zur U-Bahnlinie 5 am Rand der Parkanlage. Ob die Figuren nach der Beendigung der Baumaßnahmen wieder zurückversetzt werden sollen, wurde noch nicht entschieden. Hinsichtlich der Gestaltung des gesamten Forums gibt es bisher noch keine definitiven Pläne.[60] Fest steht jedoch, dass Marx und Engels



Abb. 2: Das Marx-Engels-Forum 1987

Bestandteil des Forums bleiben sollen, wenn auch noch nicht ganz klar ist, wo und wie sie in das neu zu gestaltende Areal integriert werden sollen.[61] Nicht akzeptabel wäre eine Rekonstruktion seines ursprünglichen Aussehens, mit den Figuren von Marx und Engels als Mittelpunkt. Schwer zu rechtfertigen ist allerdings auch der jetzige Zustand, in dem das Denkmal unkommentiert gelassen und von Touristen lediglich als lustiges Fotoobjekt wahrgenommen wird. Durch die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus auf dem Forum ließe sich dieser Deutungswiderspruch aufbrechen. Durch die Gegenüberstellung beider Objekte könnte die his-

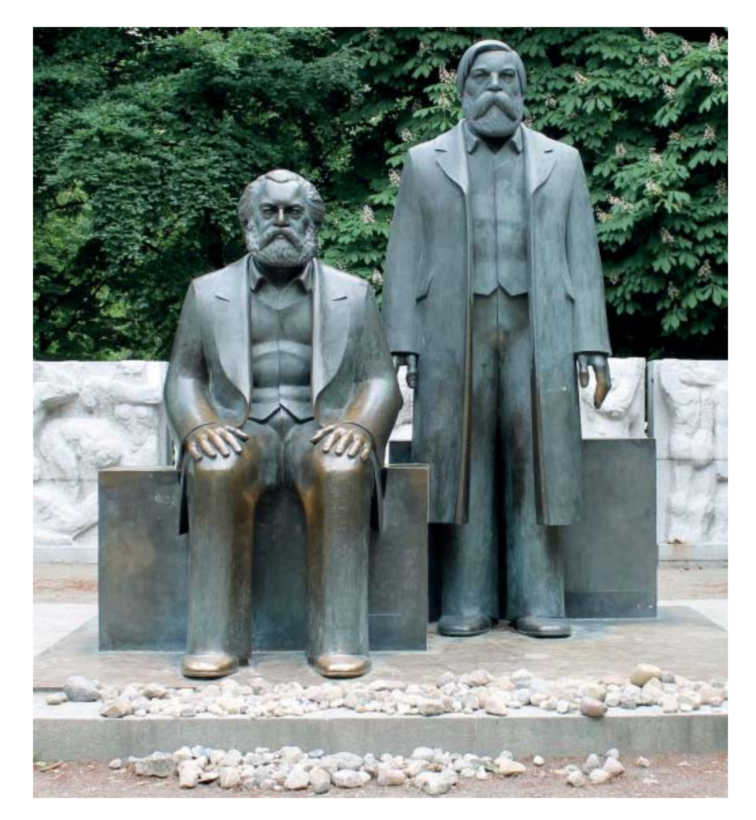


Abb. 3: Das Marx-Engels-Forum 2013

torische Verbindung zwischen den Gründervätern der kommunistischen Ideologie und ihrer Umsetzung im 20. Jahrhundert dargestellt werden.

Die Neue Wache

Die Idee, die Neue Wache zu einem Gedenkort für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft umzuwidmen, wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion im März 2013 von Markus Meckel (SPD), Außenminister der DDR a.D., in die öffentliche Debatte eingebracht.[62] Der klassizistische Bau, entworfen von Karl Friedrich Schinkel, ist seit 1993 der zentrale Gedenk-



Abb. 4: Die Neue Wache 2013

ort der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. In der davor liegenden Zeit wurde die Neue Wache mehrfach umgewidmet. Von 1816–1818 diente



Abb. 5: Die Neue Wache 2013

sie als *Gedenkstätte für die Gefallenen der Napoleonischen Kriege*, ab 1931 als *Ehrenmal für die Gefallenen des 1. Weltkrieges*. Im Jahr 1960 wurde die Neue Wache nach ihrem Wiederaufbau als *Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus* neu eingeweiht und von Soldaten des NVA-Wachregiment „Friedrich Engels" bewacht. Die permanente Ehrenwache vor dem Denkmal entsprach der Staatsdoktrin der DDR, dass der Schutz vor einem Wiederaufflammen des Nationalsozialismus und Militarismus der militärischen Stärke des Ostblockes zu verdanken sei.

Die Neue Wache befindet sich neben dem Deutschen Historischen Museum und gegenüber der Staatsoper zu Berlin. Ihr Innenraum bietet sowohl Platz für Informationstafeln als auch für eine, den Opfern des Kommunismus gewidmeten, Skulptur.

Der Spreebogenpark

Bereits jetzt findet sich in der Gestaltung des zwischen Hauptbahnhof, Bundeskanzleramt und Paul- Löbe-Haus gelegenen Parks eine Beziehung zur Zeit der deutschen Teilung: Eine, sich östlich an den Uferweg anschließende Blumenwiese, soll an die wild wachsenden Blumen und Gräser an der Berliner Mauer erinnern.[63] Der Park wirkt allerdings, so wird sich der Besucher überzeugen können, derzeit leer und vorläufig.

Ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus auf dem Gelände des Spreebogenparks könnte die oben beschriebene

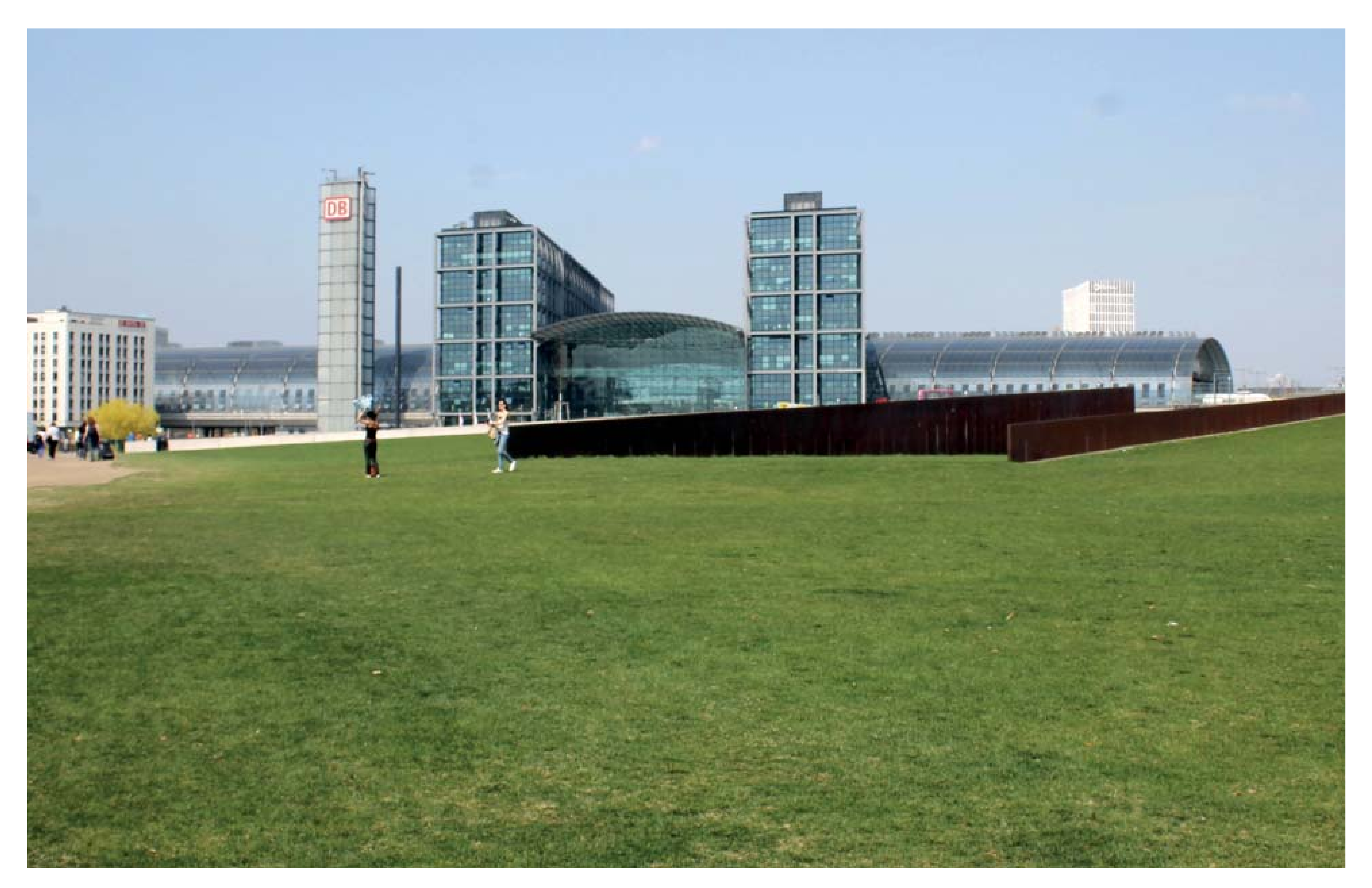


Abb. 6: Der Spreebogen 2013



Abb. 7: Weiße Kreuze für die Opfer der Mauer 2013

differenzierte Gestaltung in Form eines *Mahnmalgartens* aufnehmen und erweitern. Mitten im Regierungsviertel gelegen und umgeben von weitläufigen Rasenflächen, Bäumen und Gärten ließe sich hier die Vision eines gemeinsamen Gedenkortes aller Bundesländer umsetzen, die ein differenziertes Gedenken an alle Opfergruppen ermöglich, Ruhe ausstrahlt und die Möglichkeit der stillen Trauer bietet, aber auch ein Ort der Hoffnung sein kann. Als möglicher Standort bietet sich die Rasenfläche westlich neben dem durch zwei bronzefarbene Stahlwände begrenzten Geländeausschnitt an der Spitze des Spreebogens an.

Am westlichen Rand verläuft ein Fußweg, den viele Touristen nutzen, welche vom Hauptbahnhof kommend das Regierungsviertel besuchen wollen. Ohne aufdringlich zu wirken, ist die Nähe zentraler politischer Institutionen gegeben. Andere Mahnmale befinden sich in ausreichender Entfernung, so dass ein Nachdenken über die verschiedenen Epochen sich nicht verbietet, aber auch nicht erzwungen wird.

Tiergarten/Reichstag

An der Ecke Ebert-/Scheidemannstraße erinnern momentan weiße Kreuze an die Todesopfer der Berliner Mauer. Der noch zur Verfügung stehende Platz direkt hinter den Mauerkreuzen ist sehr begrenzt und daher als Standort für das Mahnmal wenig geeignet. Zudem darf dem Mahnmal für die im Dritten



Abb. 8: Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas in Berlin 2013

Reich ermordeten Sinti und Roma, das sich ebenfalls in der betreffenden Ecke des Tiergartens befindet, seine Bedeutung nicht durch das Hinzufügen einer weiteren Mahnstätte genommen werden. Sollten die Mauerkreuze jedoch tatsächlich eines Tages abmontiert werden, so wie es vom Berliner Senat immer wieder angekündigt wurde, wäre es inakzeptabel, ihren vormaligen Standort leer zurückzulassen. Im Jahr 2008 ist bezüglich dieser Problematik vom Berliner Senat der Verschlag unterbreitet worden, den Hohlstein auf der Straße des 17. Juni zum Gedenken an den Bau der Berliner Mauer an die Stelle der Mauerkreuze zu versetzen.

Straße des 17.Juni

Eine weitere Standortoption ist die Straße des 17. Juni, genauer, die Umgebung um das sowjetische Ehrenmal, welches seit 1945 an den Sieg der Roten Armee über Hitler-Deutschland erinnert und gleichzeitig ein Soldatenfriedhof ist. Ohne Zweifel ist, dass sich mit dem Einmarsch der Roten Armee in Deutschland nach 1945, wie auch in anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, die Zeit der Unfreiheit und Unterdrückung fortsetzte. Es sollte auch möglich sein, der Opfer der Gräueltaten der Roten Armee an der deutschen Zivilbevölkerung nach dem Ende des Krieges öffentlich zu gedenken. Die Frage, warum nicht eines Tages ein russischer Präsident auch an einem Mahnmal für die Opfer des Kommunismus einen Kranz niederlegen sollte, ist



Abb. 9: Straße des 17. Juni, Nähe Brandenburger Tor 2013

deshalb durchaus berechtigt.[64] Eine direkte Nachbarschaft des Mahnmals besonders zu dem Soldatenfriedhof würde freilich zu einer Deutung geradezu einladen, die nicht beabsichtigt ist. Sie würde die individuellen Opfer der sowjetischen Soldaten, deren Anteil an der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht geschmälert werden darf, in den Kontext von übergeordneten politischen Absichten Stalins stellen. Das durchaus nötige Nachdenken über den 8. Mai 1945 würde so durch eine plakative Gegenüberstellung ersetzt. Deshalb können wir den Ort nicht empfehlen.



Abb. 10: Sowjetisches Ehrenmal in Berlin-Tiergarten

Denk- und Mahnmale in anderen ehemals kommunistischen Ländern

Melanie Dore

In anderen Ländern ist man im Hinblick auf die offizielle Würdigung von Opfern des Kommunismus bereits weiter: In Prag, Sofia, Moskau und bei Budapest gibt es zentrale Denk- und Mahnmale, die an die Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft erinnern. Drei Beispiele sollen veranschaulichen, wie unterschiedlich mit diesem Thema umgegangen wurde.

Wie das Prager Beispiel zeigt, wurde ein zentrales Mahnmal trotz einer bereits vorhanden umfangreichen Gedenkstättenlandschaft realisiert: allein in Prag gibt es momentan über 80 Mahn- und Gedenkstätten für die Opfer des Kommunismus.[65] Doch auch diese sind, ähnlich wie in Berlin, mehrheitlich auf bestimmte Ereignisse oder bestimmte Opfer bezogen. Deshalb wurde seit Mitte der 90er Jahre öffentlich über die Errichtung eines zentralen Denkmals debattiert, die Initiative erhielt großen Zuspruch in der Gesellschaft und in der Politik. Im Jahr 2002 wurde schließlich das von Olbram Zoubek, Zdenek Hölzl und Jan Kerel entworfene *Denkmal für die Opfer des Kommunismus* am Fuße des Petrin-Hügels in Prag eingeweiht. Der Entwurf für das Denkmal war als Sieger aus einem, von der Stadt Prag und der tschechischen Konföderation der politischen Gefangenen ausgelobten, Wettbewerb hervorgegangen.[66]

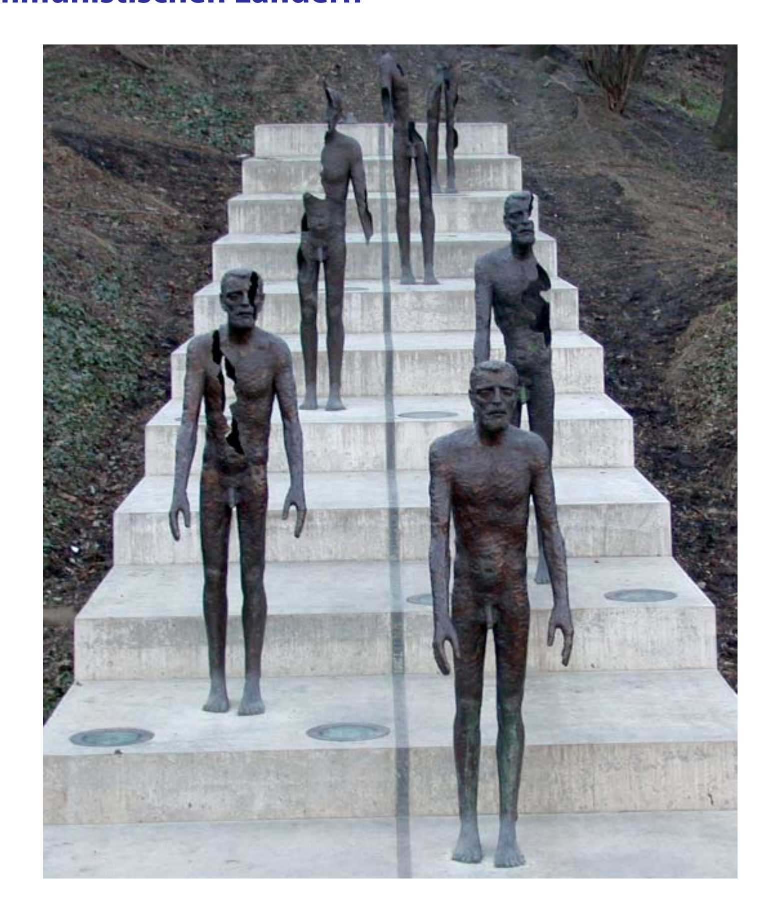


Abb. 11: Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Prag



Abb. 12: Gedenkstätte Gloria Victis in Csömör/Budapest

Das Prager Denkmal erinnert wohl nicht zufällig an den berühmten Essay Václav Havels „In der Wahrheit leben", in dem er auf die Zerstörung der menschlichen Individualität durch die marxistisch-leninistische Ideologie aufmerksam machte. Es wird zu einem Mahnmal, das an die Bewahrung der menschlichen Würde erinnert.

Eine weitere Gedenkstätte befindet sich im ungarischen Csösmör am Stadtrand von Budapest, die zum 50. Jahrestag des ungarischen Volksaufstandes zu Ehren der 100 Millionen Opfer des Kommunismus weltweit errichtet wurde. Zwei einander gegenüberstehende Bogenmauern erinnern an die Verwüstungen des Kommunismus in allen Erdteilen und an die Opfer des ungarischen Volksaufstandes 1956. Die Entstehungsgeschichte geht auf eine private Initiative zurück, die eine Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates umsetzte.

Zu den besonderen Elementen gehört die Erinnerung an die Verfolgung der Sinti und Roma sowie den Hitler-Stalin-Pakt und die Ermordung polnischer Offiziere in Katyn. Mit den letzten beiden Elementen werden historische Bezüge zwischen den beiden großen totalitären Systemen sichtbar, die in deutschem historischem Selbstverständnis nur zögerlich wahrgenommen werden.

An die Opfer des kommunistischen Regimes erinnert eine Denkmalanlage in der bulgarischen Hauptstadt Sofia. Sie berichtet von der Hinrichtung von mehr als 140 Bulgaren am 1. Februar 1945 nach einer Verurteilung durch das kommunistische Volksgericht und an die Opfer in den bulgarischen Arbeitslagern nach 1945.



Abb. 13: Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Sofia



Abb. 14: Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Sofia

Aus der Diskussion

Seit dem Frühjahr 2012 führt der Arbeitskreis mit Unterstützung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann und Staatsministerin Monika Grütters, eine öffentliche Diskussion über den Sinn und die Gestaltung eines solchen Mahnmals. Auf seiner Webseite informiert der Arbeitskreis „Mahnmal" regelmäßig über neue Entwicklungen und stellt Unterschriftenlisten für Unterstützer zur Verfügung. Inzwischen hat das Projekt eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland eine Reihe von prominenten Befürwortern, unter ihnen Roland Jahn, den Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, und Hubertus Knabe, den Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Weitere Unterstützer sind Marianne Birthler, Rainer Eppelmann, Phillip Lengsfeld und Markus Meckel (siehe S. 6).

„Erinnern an die Vergangenheit und Mahnen für die Zukunft" am 11. März 2013

Das Thema lautete: Brauchen wir ein zentrales Mahnmal in Berlin für die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland zwischen 1945 und 1989? Veranstalter, neben der Stiftung Aufarbeitung waren die UOKG und die Zeitschrift „Der Stacheldraht".

„Individuelles Leid – Gemeinsames Erinnern?" am 19. November 2013

Über das Thema „Individuelles Leid – Gemeinsames Erinnern? Opfer des Kommunismus in Europa und Formen des Gedenkens" diskutierten Prof. Dr. Jörg Baberowski (Professor für Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin), Dr. Jan Foitzik (wiss. Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München/Berlin), Prof. Dr. Richard Schröder (Philosoph, Theologe, ehem. Fraktionsvorsitzender der SPD in der DDR Volkskammer und MdB a.D.) und Dr. Jan Kosiar (Präsidiumsmitglied der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus). Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Dr. Jacqueline Boysen, Studienleiterin bei der Evangelischen Akademie zu Berlin.

„Wieviel Geschichte (v)erträgt Berlin? – Ideen für die Gestaltung eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Deutschland" am 26. März 2014

In diesem Rahmen wurden die Siegerentwürfe des von der Bundesstiftung Aufarbeitung ausgelobten studentischen Gestaltungswettbewerbs „geschichtscodes" 2013 zum Thema „Entwurf für ein Denkmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur in der SBZ und DDR" vorgestellt.



Abb. 15: Tanzperformance am Marx-Engels-Forum

„Menschenrechte leben – Leiden erinnern“
am 9. September 2014

Es diskutierten unter Moderation von Robert Ide (Tagesspiegel) der Totalitarismusforscher Prof. Dr. Eckhard Jesse (TU Chemnitz), der Journalist Dr. Jörg Kürschner (FV Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen), der Publizist Sergej Lochthofen sowie Prof. Dr. Manfred Wilke (Projektleiter, Institut für Zeitgeschichte München).

Tanzperformance der Tanzkompanie Golde G.
am 6. November und 18. Dezember 2014

Golde Grunske erinnerte mit einer Tanzperformance vor den Mauerkreuzen am Reichstagsgebäude und vor dem Marx-Engels-Forum gegenüber dem Berliner Stadtschloss an die Gewalt der kommunistischen Diktatur und das Aufbegehren des Individuums gegen die Gleichschaltung in einem totalitären System.

Golde Grunske hat mit ihrer Tanzkompanie Golde G. aus Cottbus bereits das Leid der Jugendlichen im ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau (Choreographie „Schocktherapie“) sowie die Zustände im ehemaligen Zuchthaus Cottbus (Choreographie „Ohne Worte“) tänzerisch verarbeitet. Für Ihre Arbeit wurde ihr 2013 der Brandenburger Kunst-Förderpreis verliehen.

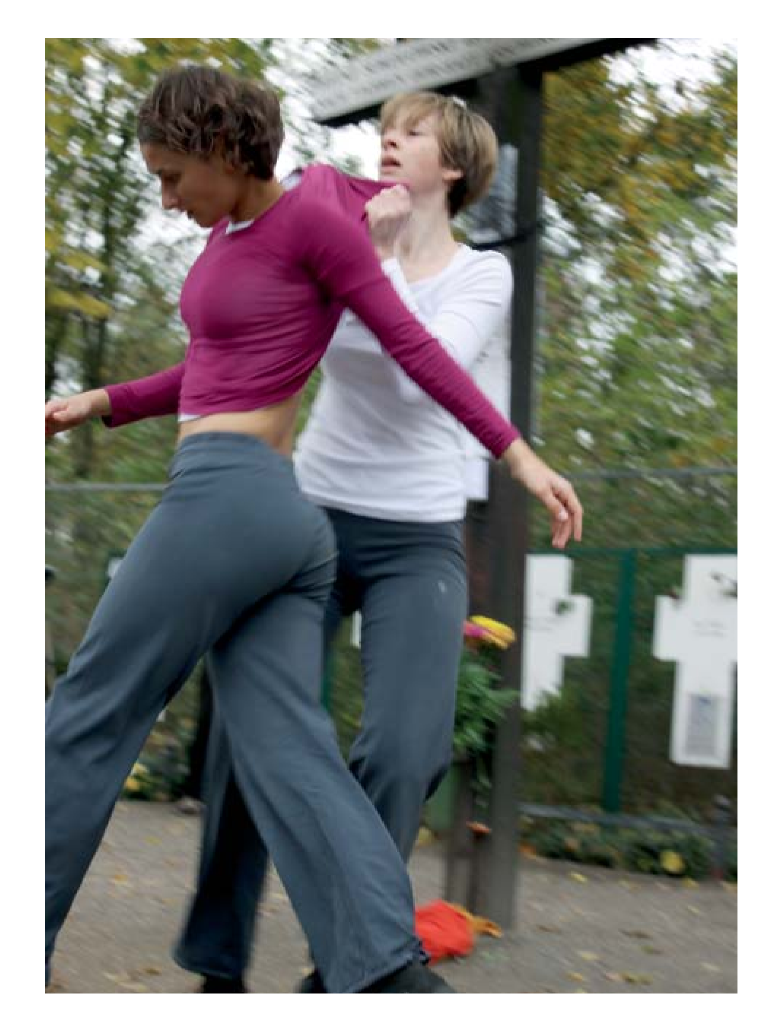


Abb. 16: Tanzperformance an den Mauerkreuzen am Reichstag

Anmerkungen

1 http://www.initiative-mahnmal.de/
2 Havel, Vaclav: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen, Essay [Auszüge]. In: Roolf, Benn; Poppe, Gerd: Vaclav Havel. Mit einer Grafik von Bärbel Bohley. Samisdat von KONTEXT, OSTKREUZ u.a., Berlin März 1989, S. 2.
3 Vgl. Beschluss Nr. 7161 ss vom 16. Dezember 1944 „Mobilisierung aller arbeitsfähigen Deutschen für den Arbeitsdienst in der Sowjetunion". In: Cornelius, Kai: Vom spurlosen Verschwindenlassen zur Benachrichtigungspflicht bei Festnahmen. Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2006, S. 108.
4 Herbert Ulrich Staub: Sir Winston Churchill. Versuch eines Portraits. Winterthur 1962, S. 253.
5 Freya Klier: Verschleppt ans Ende der Welt. 3. Aufl. Berlin 1999, S. 185 ff.
6 R. M. Douglas: „Ordnungsgemäße Überführung". Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus dem Englischen von Martin Richter. 2., durchgesehene Auflage, C.H. Beck, München 2012
7 Heike Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949–1989. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte (München/Berlin) herausgegeben von Helmut Altrichter, Horst Möller, Hans-Peter Schwarz, Andreas Wirsching. Oldenbourg, München 2009.
8 Sachse, Christian: Die historischen Hintergründe zur Entstehung der sogenannten Haftkeller des NKWD. In: Roder, Bernt; Wild, Volker: Haus 3. Haftort des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatssicherheit in Berlin-Prenzlauer Berg. Metropol Verlag, Berlin 2011, S. 32–49.
9 Cornelius, Kai: Vom spurlosen Verschwindenlassen zur Benachrichtigungspflicht bei Festnahmen. Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2006, S. 103.
10 Proklamation Nr. 3 des Alliierten Kontrollrates [betreffend die Rechtspflege in Deutschland] vom 20. Oktober 1945. In: VBl. Bln. Nr. 11, S. 129 f.
11 Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945: Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben.
12 Fuhrmann, Reinhard: Die Geschichte der Haftstätte in der Prenzlauer Allee in Prenzlauer Berg. In: Roder, Bernt; Wild, Volker: Haus 3. Haftort des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatssicherheit in Berlin-Prenzlauer Berg. Metropol Verlag, Berlin 2011, S. 19.
13 Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR Nr. 00101 vom 22. Februar 1945 [betreffend die Einrichtung von Lagern des NKWD]. Veröffentlicht in: Wirkungsstätten stalinistischen Terrors in der SBZ/DDR. Hrsg.: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998, S. 109 f.
14 Kilian, Achim: Die Häftlinge in den sowjetischen Speziallagern der Jahre 1945–1950. Zusammenfassung des derzeitigen Kenntnisstandes hinsichtlich Zahl, Verbleib und Zusammensetzung nach Internierungsgründen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg.: Deutscher Bundestag, Nomos Verlag/Suhrkamp, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1999, Bd. VI, S. 401.
15 Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation. 1979, S. 95.
16 Kilian, Achim: Die Häftlinge in den sowjetischen Speziallagern der Jahre 1945–1950. Zusammenfassung des derzeitigen Kenntnisstandes hinsichtlich Zahl, Verbleib und Zusammensetzung nach Internierungsgründen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg.: Deutscher Bundestag, Nomos Verlag/Suhrkamp, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1999, Bd. VI, S. 406.

17 Kowalczuk, Ilko Sascha; Wolle, Stefan: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR. Christoph Links Verlag, 2. Aufl., Berlin 2010, S. 89.
18 Glawnoje uprawlenije isprawitelno-trudowych lagerej i kolonij, „Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager".
19 Irina Scherbakowa: Gefängnisse und Lager im sowjetischen Herrschaftssystem. In: http://www.gulag.memorial.de.
20 Ich habe doch nichts verbrochen. Deutsche im Gulag. In: Zeitgeschichten auf SpiegelOnline.
21 Alexander Solschenizyn: Der Archipel Gulag. Neue Ausgabe, Fischer Taschenbuch Frankfurt am Main 2013.
22 Schroeder, Friedrich-Christian: Rechtsgrundlagen der Verfolgung deutscher Zivilisten durch Sowjetische Militärtribunale. In: Schriften des Hannah-Arndt-Instituts Bd. 17, In: Hilger, Andreas; Schmidt, Ute; Schmeitzner, Mike: Sowjetische Militätribunale, Bd.2: Die Verurteilungen deutscher Zivilisten 1945–1955/1957. Hrsg.: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V., Böhlau Verlag, Köln 2001, S. 39 f.
23 Hilger, Andreas; Petrow, Nikita: „Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken". Sowjetische Militärjustiz in der SBZ/DDR von 1945 bis 1955. In: Roginskij, Arsenij; Drauschke, Frank; Kaminsky, Anna: „Erschossen in Moskau" Die Deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953. Metropol Verlag, 3. Aufl., Berlin 2008, S. 33.
24 Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike u.a.: Widerstand und Willkür. Studien zur sowjetischen Strafverfolgung parteiloser Zivilisten. In: Schriften des Hannah-Arndt-Instituts Bd. 17, In: Hilger, Andreas; Schmidt, Ute; Schmeitzner, Mike: Sowjetische Militätribunale, Bd.2: Die Verurteilungen deutscher Zivilisten 1945–1955/1957. Hrsg.: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V., Böhlau Verlag, 2. Aufl., Köln 2003, S. 220.
25 http://www.spd.de/linkableblob/5704/data/geschichte_zwangsvereinigung_sed.pdf. Zugriff: 28.9.2013.
26 Auerbach, Thomas; Neubert, Ehrhart: „Es kann anders werden." Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989. Böhlau Verlag, Köln Weimar Wien 2005, S. 22.
27 Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Ch. Links Verlag, 2. Aufl., Berlin 1998.
28 Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953. Geschichte eines Aufstandes. Verlag C.H. Beck, München 2013.
29 Sattler, Friederike: Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–1952. 2 Bd.e Lit Verlag, Münster 2002.
30 Schöne, Jens: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft. Chr. Links Verlag, Berlin 2005.
31 Inge Bennewitz, Rainer Potratz: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente. Christoph Links Verlag, 4. Auflage, Berlin 2012.
32 Arbeitsgemeinschaft 13. August, Bilanz der Todesopfer des DDR-Grenzregimes, Stand: 2000.
33 Manfred Wilke: Der Weg zur Mauer. Stationen einer Teilungsgeschichte. Christoph Links Verlag, 2. Auflage, Berlin 2011.
34 Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation. 2. Aufl., Köln 1990.
35 Schröder, Wilhelm Heinz; Wilke, Jürgen: Politische Gefangene in der DDR. Eine quantitative Analyse. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg.: Deutscher Bundestag, Nomos Verlag/Suhrkamp, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1999, S. 1229 ff.
36 Schröder, Wilhelm Heinz; Wilke, Jürgen: Politische Gefangene in der DDR. Eine quantitative Analyse. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg.: Deutscher Bundestag, Nomos Verlag/Suhrkamp, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1999, S. 1163.
37 Mihr, Anja: Amnesty International in der DDR. Der Einsatz für Menschenrechte im Visier der Stasi. Ch. Links Verlag, Berlin 2002, S. 89 ff.

38 Beleites, Johannes: Die Haftbedingungen in den Vollzugsanstalten des MfS, Deutschland Archiv 5/1999, S. 787–798.
39 http://kindheit-hinter-stacheldraht.de/ausstellung/01.htm
40 http://www.ddr-zwangsarbeit.info/Zwischenbericht.pdf.
41 Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR. Chr. Links Verlag, Berlin 2012.
42 Sonntag, Marcus: Die Arbeitslager in der DDR. Klartext Verlag, Essen 2010.
43 Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Abteilung Bildung und Forschung zu Struktur und Arbeitsweise des MfS (188 Bände, einschließlich überarbeiteten Neuauflagen).
44 Andreas H. Apelt (Hg.): Flucht, Ausreise, Freikauf. (Aus-)Wege aus der DDR. Mitteldeutscher Verlag, Halle/Saale 2011.
45 Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit - KgU. Westkreuz Verlag, Bad Münstereifel 2000.
46 Cornelius, Kai: Vom spurlosen Verschwindenlassen zur Benachrichtigungspflicht bei Festnahmen. Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2006.
47 Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Ch. Links Verlag, 2. Aufl., Berlin 1998.
48 Planer-Friedrich, Jens; Schabow, Esther: „Du verbaust Dir die Zukunft!“ Verfolgte Schüler - Ihre soziale, individuelle und wirtschaftliche Situation heute. Hrsg.: Bürgerbüro Berlin, Berlin 2010.
49 Lichtenstein, Georg: Das durfte nie wahr sein. Rostocker Universitätsprotokolle zum Stalinismus. Hrsg.: Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), Rostock/Berlin 1993.
50 Sachse, Christian: Der letzte Schliff. Jugendhilfe der DDR im Dienst der Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen (1949–1989). Hrsg.: Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Schwerin 2011, S. 27 ff.
51 Schröder, Wilhelm Heinz; Wilke, Jürgen: Politische Gefangene in der DDR. Eine quantitative Analyse. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg.: Deutscher Bundestag, , 1999, Bd. VI, S. 1231.
52 Sachse, Christian: Aktive Jugend – wohlerzogen und diszipliniert. Wehrerziehung in der DDR als Sozialisations- und Herrschaftsinstrument (1960–1973). Lit Verlag, Münster 2000.
53 Koch, Uwe; Eschler, Stephan: Zähne hoch, Kopf zusammenbeißen. Dokumente zur Wehrdienstverweigerung in der DDR 1962–1990. Scheunenverlag, Kückenshagen 1994.
54 Ines Geipel: Zensiert, verschwiegen, vergessen: Autorinnen in Ostdeutschland. Artemis und Winkler, Düsseldorf 2009.
55 Havemann, Robert: Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek 1964.
56 Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Ch. Links Verlag, 2. Aufl., Berlin 1998.
57 Olaf Weißbach: Bernd Eisenfeld. In: Fricke, Karl Wilhelm; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes: Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder. Verlag C.H.Beck, München 2002.
58 Herzinger, Richard: Warum wir die Symbole der DDR verbieten sollten. Die Welt vom 23. Mai 2013.
59 Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes – Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefe (19. Juni 2008), S. 3.
60 Thomas Fülling, Marx und Engels sollen aus Berlin-Mitte verschwinden (www.welt.de, 18.01.2012), Ralf Schönball, Debatte um die Zukunft des Stadtkerns entbrannt (www.tagesspiegel.de, 24.03.2012), Rainer L. Hain und Steffen Pletl, Marx-Engels-Forum-Bebauung kann Millionen kosten (www.morgenpost.de, 03.05.2009).
61 Uwe Aulich: Berlin bekennt sich zu Marx und Engels (www.berliner-zeitung.de,18.01.2013).
62 Podiumsdiskussion Erinnern an die Vergangenheit und Mahnen für die Zukunft am 11. März 2013 veranstaltet von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der UOKG und der Zeitschrift „Der Stacheldraht“.

Weitere Informationen zur Veranstaltung auf www.initiative-mahnmal.de und auf www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

63 Rahel Martin, Spreebogenpark (www.nextroom.at 16.09.2005)

64 Diese Frage stellt Malte Lehming in seinem Artikel: Wer denkt an die Opfer des Kommunismus? vom 10.4.2013 bei www.cicero.de

65 Jiri Kocian, Denkmal für die Opfer des Kommunismus – Prag (Vortrags-manuskript, 11.3.2013).

66 Ibid.



